

mo

MAGAZIN FÜR MENSCHENRECHTE NR. 31



Bilanz
2 JAHRE SEBASTIAN KURZ
win-win-Situation
GEMEINWOHL-ÖKONOMIE

KAPITALISMUS OHNE VERLIERER?

Was hilft, das nervt manchmal

Ein großer Teil dieser Ausgabe des MO-Magazins für Menschenrechte wird mittels Straßenkolportage vertrieben.

Straßenkolportage hilft den Menschen, die die Zeitung verkaufen. Denn bei den KolporteurInnen handelt es sich ausnahmslos um bedürftige Menschen. Für sie ist jeder dazuverdiente Euro eine wichtige Hilfe im Kampf ums existenzielle Überleben.

Straßenkolportage leistet einen wichtigen Beitrag zur Medienvielfalt in Österreich. Österreich braucht eine lebendigere Medienlandschaft und unsere Gesellschaft braucht eine Vielfalt an Perspektiven.

Straßenkolportage hilft SOS Mitmensch beim Vertrieb seines Menschenrechtsmagazins. Wir wollen mit dem MO zu einer offeneren, demokratischeren und lebendigeren Gesellschaft beitragen.

Straßenkolportage nervt aber auch manchmal. Es gibt Situationen, in denen man keine Lust hat, eine Straßenzeitung unter die Nase gehalten zu bekommen. Es gibt Situationen, in denen KolporteurInnen zu hartnäckig ihrem schwierigen Geschäft nachgehen oder sich nicht korrekt verhalten. Und es gibt nichtautorisierte VerkäuferInnen und BettlerInnen, die ihr Glück mit einem MO in der Hand versuchen.

Wir nehmen jede Beschwerde sehr ernst. Wir führen Schulungen durch und versuchen den Austausch mit den KolporteurInnen zu intensivieren. Aber all das ist natürlich keine absolute Garantie dafür, dass es nicht da oder dort doch zu Fehlverhalten kommt. Was uns allerdings immer wieder sehr positiv bewegt, ist die Tatsache, dass sich fast alle Menschen, die sich über das Verhalten einzelner KolporteurInnen beschwerten, solidarisch mit dem SOS Mitmensch Kolportage-Projekt erklären. Viele sprechen auch ein großes Lob für die Qualität des MO-Magazins für Menschenrechte aus.

Daher steht es für uns außer Frage, dass wir unser Straßenzeitungsprojekt weiter führen möchten. Unsere Bitte an Sie: Kaufen Sie unsere Zeitung nur von KolporteurInnen, die den MO-Ausweis sichtbar tragen. Und wenn Sie das Verhalten eines Kolporteurs oder einer Kolporteurin unangemessen finden, dann schicken Sie uns eine Nachricht an:

office@sosmitmensch.at

Danke.



JETZT SPENDEN!
PSK 91000590, BLZ 60000



Auf der Waagschale. Wer gewinnt, wer verliert?
Illustration: Jochen Schievink

Liebe Leserin Lieber Leser

Was ist unter einem sozialen Paternoster-Effekt zu verstehen? Dass nicht einfach nur der Mittelstand absackt, sondern dass Wohlstand sich immer in zwei Richtungen bewegt: Die einen verlieren ihn in dem Ausmaß, in dem die anderen ihn gewinnen. Wenn der Kapitalismus zu viele VerliererInnen produziert, wird es für eine Gesellschaft kritisch. Dann ist der Staat gefragt. Dass der Staat aber nicht mehr ausreichend stabilisiert, sondern unter dem Druck neoliberaler Dogmen selbst Armut produziert, beschreibt der Politologe Christoph Butterwege in seinem Beitrag. Seit Bundeskanzler Gerhard Schröder verkündet hatte, „Wohltaten sind nicht mehr selbstverständlich“ und mit der Hartz-Regelung auch die Einkommen und Ersparnisse der Kinder und der Eltern von arbeitslosen Menschen herangezogen werden, sofern diese im selben Haushalt leben, wird deutlich, wie sehr Risiken der Marktwirtschaft bereits individualisiert wurden. Das Aufbrechen eines solidarischen Konsens birgt aber selbst Risiken. „Demokratie oder Kapitalismus?“ stellte jüngst der deutsche Philosoph Jürgen Habermas die Frage. Eine erstaunlich konkrete Exit-Strategie stellt Christoph Felber (attac) mit der Gemeinwohl-Ökonomie zur Diskussion. Firmen wie GEA aber auch Banken beteiligen sich bereits daran. Erstaunlich, dass Felbers Gegner bislang kaum sachlich und vor allem polemisch reagierten.

Spannende Momente wünscht
Gunnar Landsgesell



Foto: Karin Wasner



Foto: Karin Wasner



Foto: Volkshilfe

Einstieg

3 EDITORIAL

4 INHALTSVERZEICHNIS

7 HANDLUNGSBEDARF

Warum möchte das Sozialministerium nicht, dass sein Erlass publik wird?

Kommentar: Alexander Pollak

Dossier Fußball

8 WENN DER STAAT VERLIERER PRODUZIERT

Wer es sich leisten kann, kauft soziale Sicherheiten. Für die Anderen bleibt das, was der Staat euphemistisch „Grundversorgung“ nennt. Ein Plädoyer für einen Paradigmenwechsel von: *Christoph Butterwegge*

12 BRUTTONATIONALGLÜCK

Exit-Strategien für die Kapitalismuskrise: Die Gemeinwohl-Ökonomie macht glücklich, behauptet: *Christian Felber*

15 JETZT GEHT'S ANS VERTEILEN

Wenn die Wachstumsgrenzen erreicht sind, braucht es neue Modi zur Wohlstandsverteilung, kommentiert: *Markus Marterbauer*

16 KLIMAWECHSEL

Dass die Umwelt eine der dramatischsten Kapitalismus-verliererinnen ist, bestreitet heute niemand mehr. Bloß, was kommt danach? Ein Zukunftsszenario für Österreich von *Eva Bachinger*

19 HÜHNERHAXEN UND BILLIGWEIZEN

Wie die EU afrikanische Märkte mit hochsubventionierten Produkten ruiniert. *Reportage: Jantje Hannover*

Andere Themen

22 FALSCHER HOFFNUNGEN

Strenge Vorgaben drängen Drittland-Studierende nach ihrem Studien-Abschluss aus dem Land. Das hat sich auch durch die Rot-Weiss-Rot-Card kaum geändert. *Reportage: Clara Akinyosoye*

26 DER STIMMUNGSMACHER

Seit zwei Jahren leitet Sebastian Kurz die Integrationsagenden. Eine Bilanz.

Text: Gunnar Landsgesell

30 DIE IMAGINIERTER „BETTLERFLUT“

Zwei BuchautorInnen sind der Frage nachgegangen, was BettlerInnen mit ihren Einnahmen machen und was es mit Feindbildmetaphern auf sich hat.

Interview: Ulli Gladik

34 KUNST IST NIE NEUTRAL

Die Künstlerin und Aktivistin Marissa Lobo über ihr Engagement für die Refugees, den Moralismus von FEMEN und Strategien der Selbst-Exotisierung.

Interview: Gunnar Landsgesell

Rubriken

37 NEUES VON DER BOCK

Frau Bock erhält Post. Und noch mehr Post. Erfreulich ist das nicht. *Aufgezeichnet von Stefan Kluger*

38 KOMMENTARE

Martin Schenk: Occupy Oberlippenbart.
Philipp Sonderegger: Stallgerüche - die Nähe zur Politik
Olivera Stajic: über den Begriff „Mischlinge“

40 POPULÄRKULTUR

Negri/Hardt haben ein neues Buch geschrieben: Demokratie! Weitere Themen: Flüchtlinge selbst sprechen lassen; Moscheen und die Gesellschaft; Ein Nachruf auf den Wald.

41 SPOTLIGHT

Mohammed Numan war die längste Zeit seines Lebens auf der Flucht. Jetzt meldet er sich als einer der Flüchtlings-sprecher zu Wort.

Text: Hanna Silbermayr

45 SOS MITMENSCH

Wie ein junger Österreicher unterstützt wurde, die Staatsbürgerschaft zu erhalten.

46 ANDERE ÜBER ...

ÖAMTC-Vize Christoph Mondl über die Notwendigkeit ökonomischer Gleichstellung von MigrantInnen.

11 IMPRESSUM

DAS SOZIALMINISTERIUM INFORMIERT

Servicestellen im Überblick



bmask.gv.at
BUNDESMINISTERIUM FÜR
ARBEIT, SOZIALES UND
KONSUMENTENSCHUTZ

BEZAHLTE ANZEIGE

KOSTENLOS - ÖSTERREICHWEIT - BARRIEREFREI

SOZIALTELEFON

Bürgerservice des Sozialministeriums
(Mo bis Fr 8.00 – 12.00 Uhr, Do 8.00 – 16.00 Uhr)
Tel: 0800 - 20 16 11
Fax: 01 - 711 00 14 266
sozialtelefon@bmask.gv.at

PFLEGETELEFON

Pflegeinformationsservice des Sozialministeriums
(Mo bis Do 8.00 – 16.00 Uhr, Fr 8.00 – 13.00 Uhr)
Tel: 0800 - 20 16 22
Fax: 0800 - 22 04 90
pflegetelefon@bmask.gv.at

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

Für Ihre Anregungen und allgemeine Anfragen:

post@bmask.gv.at
www.bmask.gv.at

BROSCHÜRENSERVICE

Publikationen-Bestellservice des Sozialministeriums
Tel: 0800 - 20 20 74
broschuerenservice@bmask.gv.at
<https://broschuerenservice.bmask.gv.at>



Kathl Henz / Mario Rott

Die gemeine Gerbera war schon immer Gretas liebste Grünpflanze. Die körbchenförmigen Blütenstände, die fiederteiligen Blätter, die zweizipfelige Kronröhre.... Niemals würde ein von Menschenhand erschaffenes Artefakt auch nur annähernd so symmetrisch und rundherum vollkommen sein. Die einzige Ausnahme war da vielleicht Gretas neue Sonnenbrille, zufällig in ihrer Lieblings-Gerbera-Farbe...

Brillen.manufaktur[®]

Nikolaus Hauser

Neubaugasse 18 1070 WIEN T/F +43 01 523 82 00

Unter Sponsoring verstehen wir die freiwillige Förderung und Unterstützung von Institutionen, Initiativen und Projekten im Sozial-, Kultur- und Bildungsbereich.

Durch das **MehrWERT Sponsoringprogramm** bekennt sich das Unternehmen zu seiner sozialen Verantwortung und zu den Werten, die wir für unterstützenswert erachten.

Sponsoring, wie wir es verstehen, ist Mehr-WERT-Sponsoring.

Mehr zu unseren Projekten unter:
www.sponsoring.erstebank.at



ERSTE
BANK
MehrWERT Sponsoring

UNTERWEGS IN DIE ZUKUNFT.

Deine Stadt nimmt dich mit.



**SMART
CITY
WIEN**

www.smartcity.wien.at

Wien. Die Stadt fürs Leben.



Informieren, Buchen und Bezahlen aus einer Hand: für alle Verkehrsmittel und jede Route. Ein persönlicher Mobilitäts-Assistent, an dem heute noch geforscht wird, soll uns schon morgen noch rascher und umweltfreundlicher ans Ziel bringen. Das macht das Leben leichter – und unsere Stadt fit für die Zukunft. Daran arbeiten wir alle gemeinsam. Das ist Smart City Wien.

facebook.com/SmartCityWien
twitter.com/SmartCityWien

Stadt Wien
Wien ist anders.

GEHEIMPOLITIK

Durchgesickert

Das Sozialministerium gibt einen für AsylwerberInnen wichtigen Erlass über Lehrlingsausbildung heraus, will aber nicht, dass er publik wird. Demokratiepoltisch ist das fatal.

Kommentar: Alexander Pollak



Illustration: Petja Dimitrova

Ministerien haben Macht. Das ist gut so, schließlich besteht ihre Aufgabe darin, Entscheidungen von großer Tragweite zu treffen. Auch deshalb ist es wichtig, dass sie transparent arbeiten. Gegebenenfalls zur Kritik an ihrer Arbeit, aber auch zur Kontrolle. Wie wichtig das ist, zeigte sich kürzlich am Beispiel des Innenministeriums und dessen undurchsichtiger Vergabepaxis von Beratungs- und Dienstleistungsaufträgen. Auch das Umweltministerium geizte mit Informationen: dort verweigerte man Daten über Pestizide. Die Anfragebeantwortungen verschiedener MinisterInnen genießen den Ruf, so minimalistisch zu sein, dass es demokratiepoltisch bereits problematisch wird.

Richtig bedenklich wird es jedoch, wenn die Öffentlichkeit über relevante politische Entscheidungen schlicht überhaupt nicht informiert wird. Am 18. März dieses Jahres traf Sozialminister Rudolf Hundstorfer die zwar nicht bahnbrechende, aber doch wichtige Entscheidung, Asylsuchenden die Türe zur

Lehre einen Spalt weiter zu öffnen als bisher. Er wies das Arbeitsmarktservice mittels Erlass an, nicht mehr nur unter 18-jährige Menschen unter gewissen Voraussetzungen in Lehrberufen zuzulassen (dort, wo Lehrlingsmangel herrscht), sondern alle, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Ein notwendiger Schritt, denn viele Asylsuchende verlieren auf der Flucht und in den Flüchtlingszentren wertvolle Bildungs- und Ausbildungsmonate und sind dementsprechend erst später in der Lage, eine Lehre zu starten.

Das Interesse des Sozialministeriums, die Betroffenen bzw. die Öffentlichkeit zu informieren besteht allerdings offenbar nicht. Es gab keine Pressemitteilung, keine Veröffentlichung des neuen Erlasses auf der Website des Ministeriums, dafür aber so etwas wie Flüsterbotschaften an einen kleinen Kreis von Organisationen. Asylsuchende, die in Kontakt mit diesen Organisationen stehen, haben Glück, alle anderen erfahren nichts von ihrer möglichen Chance.

Aber auch die informierten Einrichtungen stellt das geheimtuerische Sozialministerium vor ein Dilemma. Zu offensiv sollten sie die ihnen „zugespielte“ Information nicht verbreiten, sonst dreht ihnen, so deren Befürchtung, der Minister beim nächsten Mal den Informationshahn zu. So ist es zu erklären, dass etliche Wochen vergingen, bis die Nachricht über den neuen Erlass über Umwege doch noch in die Öffentlichkeit sickerte. Hätte „Der Standard“ nicht Wind vom Erlass bekommen und darüber berichtet, hätte es wahrscheinlich noch viel länger gedauert. Erst als die Information einmal raus war, schob das Sozialministerium eine Presseaussendung hinterher.

Es geht aber auch anders. Im Finanzministerium werden sämtliche Finanzerlässe auf der Homepage veröffentlicht. Das schützt nicht vor schlechter Politik, aber es bewahrt davor, dass der Handel mit Information zu einem ministeriellen Machtinstrument verkommt, bei dem die Betroffenen und unsere Demokratie auf der Strecke bleiben.



WENN DER STAAT ARMUT PRODUZIERT

Auf dem Wohlfahrtsmarkt kaufen sich BürgerInnen, die es sich leisten können, soziale Sicherheit. Für andere bietet der postmoderne Sozialstaat nur noch Minimalleistungen. Das nennt sich dann „Grundsicherung“. Ein Paradigmenwechsel ist gefragt.

Text: Christoph Butterwegge
Illustration: Eva Vasari



Wie bereits John Maynard Keynes anmerkte, gleicht der moderne Kapitalismus einem Spielkasino, in dem es zahlreiche VerliererInnen, darunter besonders viele Frauen, und nur wenige Gewinner gibt – darunter befinden sich in aller Regel die Banken. Das gilt nicht bloß für den im Casinokapitalismus ausufernden Finanzsektor, also Großbanken und Versicherungskonzerne, sondern für sämtliche Lebensbereiche. Aufgrund der trotz unübersehbarer Krisensymptome in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft fortbestehenden neoliberalen Hegemonie, d. h. der öffentlichen Meinungsführerschaft des Marktradikalismus, wird die wachsende soziale Ungleichheit zum Kardinalproblem der Gesellschaftsentwicklung und zur politischen Achillesferse der Demokratie. Der Münchner Soziologe Ulrich Beck sprach in seinem 1986 erschienenen, bis heute viel zitierten und weit über den Wissenschaftsbereich hinaus einflussreichen Buch „Risi-

kogesellschaft“ von einem sozialen „Fahrstuhl-Effekt“, der alle Klassen und Schichten nach dem Zweiten Weltkrieg eine Etage höher gefahren habe. 20 Jahre später sah Beck die Bundesrepublik, obwohl sie noch nie so reich war wie damals (übrigens als eine „Gesellschaft des Weniger“, d.h. weniger Arbeitsplätze, weniger soziale Sicherheit usw.) auf der sozialökonomischen Talfahrt: „Jetzt, am Beginn des 21. Jahrhunderts, lauern überall Gefahren – und der Fahrstuhl bewegt sich nach unten.“ Dabei übersah der Münchner Soziologe allerdings erneut, dass sich Gesellschaften nicht gleichförmig entwickeln und ein *Paternoster-Effekt* dominiert: In demselben Maße, wie die einen nach oben gelangen, geht es für die anderen nach unten. Mehr denn je existiert im Zeichen der Globalisierung bzw. der neoliberalen Modernisierung ein soziales Auf und Ab, das Unsicherheit und Existenzangst für eine wachsende Zahl von Menschen mit sich bringt.

Das Ende des europäischen Sozialmodells

Mancherlei ökonomische Anzeichen deuten darauf hin, dass die Armutsrisiken für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in nächster Zeit drastisch zunehmen werden. Die wachsende Armut wird die politische Agenda der europäischen Staaten im Gefolge der Weltfinanzwirtschaftskrise 2008/09 vermutlich stärker als je zuvor bestimmen, was die Chancen auf einen stärker an der gesellschaftlichen Realität orientierten Diskurs erhöht. Das drängende Problem einer zunehmenden sozialen Ungleichheit, die den inneren Frieden und die Demokratie zu gefährden droht, lässt sich kaum mehr vertuschen, verharmlosen oder verdrängen. Unabhängig von Wahlkämpfen und parteitaktischen Winkelzügen sollte es die Öffentlichkeit über einen längeren Zeitraum bewegen. Denn die gesellschaftlichen Verteilungskämpfe dürften sich zuspitzen, wenn über Jahre hinweg die Frage im Raum steht, wer die Kosten der Finanzmarktkrise und der Bankensanierung tragen muss. Ohne die Lage zu dramatisieren, kann man prognostizieren, dass es auch in den reichen Ländern Europas künftig eher mehr als weniger Armut geben wird. Selbst viele Vollzeitverhältnisse reichen nicht mehr aus, um eine Familie zu ernähren, sodass ergänzend ein oder mehrere Nebenjobs übernommen werden und nach Feierabend bzw. an Wochenenden (zum Teil schwarz) weitergearbeitet wird. Mit der US-Ameri-



Die US-Amerikanisierung des Sozialstaates führt nicht nur zu einer veränderten Sozialstruktur, sondern auch zu einer Kultur der Kontrolle mit einem rigiden Armutsregime.

kanisierung des Sozialstaates geht womöglich nicht nur eine US-Amerikanisierung der Sozialstruktur (Polarisierung von Arm und Reich sowie Pauperisierung großer Teile der Bevölkerung und Prekarisierung der Lohnarbeit), sondern auch eine US-Amerikanisierung der (sozial)politischen Kultur einher. Über die ganze Gesellschaft mit Ausnahme ihres eigentlichen Schlüsselbereichs, der Wirtschaftssphäre, erstreckt sich demnächst womöglich eine „Kultur der Kontrol-

SOZIALER PATERNOSTER: DIE EINEN FAHREN NACH OBEN, DIE ANDEREN NACH UNTEN

le“, wie der US-amerikanische Kriminologe und Soziologe David Garland den allmächtigen Drang nach Disziplinierung fast aller sozialen Sphären nennt. Gesellschaftspolitisch bedeutet die Schwerpunktverlagerung von der Wohlfahrtsproduktion zur Regulation einer „Risikopopulation“ per Überwachung und Bestrafung, dass sich ein rigides Armutsregime etabliert. Falls es zu größeren ökonomischen Verwerfungen – etwa platzenden Spekulationsblasen oder einem Kollaps auf den internationalen Finanzmärkten – kommt, ist sowohl eine grundlegende Veränderung des sozialstaatlichen Institutionengefüges wie auch ein Bruch mit der (sozial)politischen Kultur wahrscheinlich.

Armut in reichen Ländern

Armut ist ein *mehrdimensionales* Problem, das ökonomische (monetäre), soziale und kulturelle Aspekte umfasst. In einem *reichen* Land arm zu sein bedeutet mehr, als wenig Geld zu haben, und zwar vor allem:

- * einen dauerhaften Mangel an unentbehrlichen und allgemein für notwendig erachteten Gütern, die es Menschen ermöglichen, ein halbwegs „normales“ Leben zu führen
- * Benachteiligungen in unterschiedlichen Lebensbereichen wie Arbeit, Wohnen, Freizeit und Sport
- * den Ausschluss von (guter) Bildung, (Hoch-)Kultur und sozialen Netzwerken, welche für die gesellschaftliche Inklusion nötig sind
- * eine Vermehrung der Existenzrisiken, Beeinträchtigungen der Gesundheit und eine Verkürzung der Lebenserwartung („Arme müssen früher sterben“)
- * einen Verlust an gesellschaftlicher Wertschätzung, öffentlichem Ansehen und damit meistens auch individuellem Selbstbewusstsein.

In der öffentlichen Diskussion werden die Auslöser von Armut häufig mit deren Ursachen verwechselt. Während strukturelle Zusammenhänge und gesellschaftliche Verhältnisse, unter denen Menschen leben bzw. aufwachsen, die Voraussetzungen für Pauperisierungs- bzw. Prekarisierungsprozesse bilden, lösen bestimmte Ereignisse im Lebensverlauf

solche Entwicklungen aus oder lassen sie voll zur Wirkung gelangen. Dadurch scheint es so, als seien der Tod des (Familien-)Ernählers, die Scheidung bzw. Trennung vom (Ehe-)Partner, Arbeitslosigkeit oder eine Mehrlingsgeburt am sozialen Abstieg schuld, den zu meist Frauen, Mütter und/oder deren Kinder anschließend erleiden. Tatsächlich waren sie allerdings schon lange vor dem betreffenden Schicksalsschlag unzureichend gesichert und liefen deshalb Gefahr, arm zu werden.

Ursachen der Spaltung in Arm und Reich

In letzter Konsequenz ist die wachsende Dramatik der Armut auf die Weltmarktdynamik und die verschärfte Standortkonkurrenz zu rückzuführen. Hinter dem wohlklingenden Etikett Globalisierung verbirgt sich ein gesellschaftspolitisches Großprojekt des Neoliberalismus, das überall auf der Welt mehr soziale Ungleichheit bezweckt. Aus einer Wirtschaftstheorie, die durch Verbesserung der Angebotsbedingungen (z. B. Steuererleichterungen für Unternehmen) optimale Verwertungsmöglichkeiten für das Kapital zu garantieren empfahl, hat sich der Neoliberalismus zu einer Sozialphilosophie entwickelt, die die ganze Gesellschaft nach dem Modell der Leistungskonkurrenz (um)gestalten will, wobei ihr der Wettbewerb zwischen (arbeitenden) Menschen, Unternehmen, Regionen und Nationen – kurz: „Wirtschaftsstandorten“ unterschiedlicher Art – als Wundermittel zur Lösung aller sozialen Probleme gilt.

Wenn man den als „Globalisierung“ bezeichneten Prozess einer neoliberalen Modernisierung für die kaum mehr zu übersehenden Tendenzen einer Pauperisierung, sozialen Polarisierung und Entsolidarisierung verantwortlich macht, liegen die gesellschaftlichen Ursachen des vermehrten Auftretens von Armut auf drei Ebenen:

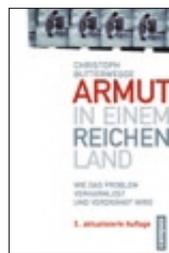
Erstens: Im Produktionsprozess löst sich das Normalarbeitsverhältnis, von der Kapitalseite unter den Stichworten „Deregulierung“ und „Flexibilisierung“ vorangetrieben, tendenziell auf. Es wird zwar keineswegs ersetzt, aber durch eine ständig steigende Zahl atypischer, prekärer, befristeter, Leih- und (Zwangs-)Teilzeitarbeitsverhältnisse, die den so oder gar nicht (mehr) Beschäftigten wie ihren Familienangehörigen weder ein ausreichendes Einkommen noch den erforderlichen arbeits- und sozialrechtlichen Schutz bieten, in seiner Bedeutung stark relativiert. Zweitens: Im Reproduktionsbereich büßt die Normalfamilie, d. h. die vom Staat subventionierte traditionelle Hausfrauenehe mit

ein, zwei oder drei Kindern, in vergleichbarer Weise an gesellschaftlicher Relevanz ein. Neben sie treten andere Lebens- und Liebesformen, die zumindest tendenziell weniger materielle Sicherheit gewährleisten (die sogenannte Ein-Elternteil-Familie, Patchwork-Familie, gleichgeschlechtliche Partnerschaft usw.).

Drittens: Hinsichtlich der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates bedingt der Wettbewerb zwischen den „Wirtschaftsstandorten“ einen Abbau von Sicherungselementen für „weniger Leistungsfähige“, zu denen allemal Erwachsene gehören, die (mehrere) Kinder haben. Kinder und Jugendliche sind heute deshalb so stark von Armut betroffen, weil der „Umbau“ des Sozialstaates auf Kosten vieler Eltern geht. Besonders nachteilig wirkt sich die schrittweise Abkehr von der Sicherung des normalen Lebensstandards durch Lohnersatzleistungen des Wohlfahrtsstaates aus.

Perspektivisch droht das Gemeinwesen in einen Wohlfahrtsmarkt sowie einen Wohltätigkeitsstaat gespalten zu werden: Auf dem Wohlfahrtsmarkt kaufen sich finanziell besser gestellte BürgerInnen soziale Sicherheit (z. B. private Altersvorsorge durch Versicherungspolice der Assekuranz). Dagegen stellt der „postmoderne“ Sozialstaat nur noch euphemistisch „Grundsicherung“ genannte Minimalleistungen bereit, die Menschen vor dem Verhungern und Erfrieren bewahren, gibt sie ansonsten jedoch in die Obhut karitativer Organisationen und privater WohltäterInnen.

Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik können zwar die Not der Betroffenen lindern, aber kaum verhindern, dass die Kluft zwischen Arm und Reich fortbesteht und den inneren Frieden gefährdet. Armut wirksam zu bekämpfen heißt nicht zuletzt, mit dafür zu sorgen, dass Strukturen sozialer Ungleichheit für immer beseitigt werden. Es bedarf einschneidender Reformen und entschlossener Umverteilungsmaßnahmen, um das Problem zu lösen. Dafür unbedingt erforderlich wäre ein Paradigmenwechsel vom „schlanken“ zum interventionsfähigen und -bereiten Wohlfahrtsstaat.



Christoph Butterwegge ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Köln. Zuletzt sind seine Bücher „Armut in einem reichen Land“, „Krise und Zukunft des Sozialstaates“ sowie „Armut im Alter“ erschienen.

IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15,
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00-9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Gunnar Landsessel (Chefredakteur; gun),
Petja Dimitrova (Portrait-Illus), Alexander
Pollak (apo), Karin Wasner (Bilder),
Andreas Görg

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinoyosoye, Eva Bachinger, Christoph Butterwegge,
Gerfried Balzer, Christian Felber, Ulli Gladik, Jantje Hannover,
Markus Marterbauer, Christoph Mondl, Martin Schenk,
Hanna Silbermayr, Philipp Sonderegger, Olivera Stajic

PROJEKTLIEUTUNG:

Andreas Görg

COVERBILD:

Alexander Pollak

LEKTORAT:

Thomas Just, Susanne Drexler,

Andreas Görg

GRAFIK:

Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT:

Theo Kammerhofer

DRUCK:

Ferdinand Berger & Söhne GmbH,

Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN:

Sandra Lakitsch, Sebastian Seidl,

office@sosmitmensch.at, T +43 1 524 99 00-16

ABOS:

Gerlinde Affenzeller, abo@momagazin.at

T +43 1 524 99 00-66

VERTRIEB:

Der Standard,

Straßenkolportage

AUFLAGE:

30.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15, 1070 Wien,

T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,

Mail: office@sosmitmensch.at

Web: www.sosmitmensch.at

ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und

Herausgeberin: SOS Mitmensch

Sitz: Wien

Geschäftsführung: Alexander Pollak,

Gerlinde Affenzeller;

Obfrau: Nadja Lorenz

Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,

für Menschenrechte, Demokratie

und Migration

ZVR: 22747570

SPENDEN:

PSK 60000, Kto 91.000.590

MO ist das Medium von SOS Mitmensch

gegen Rassismus und Diskriminierung,

für Menschenrechte, Demokratie und

Migration.

Der Nachdruck der Beiträge ist bei Nennung

der Quelle und Übersendung von Belegexemplaren

ausdrücklich erwünscht, wenn das Copyright nicht

ausgewiesen ist. Die Rechte der Fotografien liegen

bei den UrheberInnen.

Falls kein/e Urheber/in ausgewiesen ist:

SOS Mitmensch.

Erratum: In MO 29 wurde Mona Singer, Vorstandsmitglied von SOS Mitmensch, ein falscher Titel und ein nicht mehr existentes Uni-Institut zugeordnet. Tatsächlich hält Mona Singer eine ao. Professur am Institut für Philosophie an der Uni Wien.



Illustration: Ciempies Design



UNTERNEHMEN GEMEINWOHL

Das Ziel wirtschaftlicher Tätigkeit ist das Gemeinwohl. So steht es in vielen staatlichen Verfassungen geschrieben. Was bereits jetzt Common Sense ist, soll durch die Gemeinwohl-Ökonomie erreicht werden. In fünf Staaten Europas gibt es sie bereits.

Text: Christian Felber



Laut einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung wünschen sich 88 Prozent der Menschen in Deutschland und 90 Prozent der ÖsterreicherInnen eine „neue Wirtschaftsordnung“. Die Marktwirtschaft, so der Wunsch der Mehrheit, soll humaner, solidarischer, ökologischer und demokratischer werden. Auf Initiative von einem Dutzend Unternehmen in Österreich startete am 6. Oktober 2012 die Umsetzung für den „Gesamtprozess Gemeinwohl-Ökonomie“. In zweieinhalb Jahren hat sich die Bewegung auf ganz Österreich, Deutschland, die Schweiz, Italien und Spanien ausgebreitet sowie in immer mehr Staaten Nord- und Südamerikas. Nicht nur Unternehmen, auch Privatpersonen, Vereine, Gemeinden und Hochschulen bilden die Bewegung und entwickeln gemeinsam den Prozess „von unten nach oben“. Dieser ist bewusst entwicklungs offen und kooperativ: Gesucht werden Verbindungen zu anderen Alternativen von der solidarischen Ökonomie über Komplementärwährungen bis zum bedingungslosen Grundeinkommen.

Bonus-Malus für Unternehmen

Das Grundanliegen ist eine demokratisch entwickelte Wirtschaftsordnung, die auf einem Werte- und Zielfundament beruht, das bereits heute schon breit geteilt wird. „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl“, steht etwa in der bayrischen Verfassung. Die Verfassung Italiens spricht von der „Ausrichtung der öffentlichen und privaten Wirtschaft auf das Allgemeinwohl“, die Schweizer Verfassung von der „gemeinsamen Wohlfahrt“ als Ziel der Eidgenossenschaft, und in der US-Verfassung enthält schon die Präambel den „General Welfare“. In der Gemeinwohl-Ökonomie soll dieses Ziel nun mit Leben erfüllt werden. Das Gemeinwohl soll von allen Unternehmen abgefragt, gemessen und – je nach Engagement und Erfolg – belohnt werden. Unternehmen erstellen zu diesem Zweck eine Gemeinwohl-Bilanz, in der sie messen, wie authentisch sie die fünf wichtigsten Verfassungswerte leben: Menschenwürde, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Solidarität und Demokratie. Je besser die Gemeinwohl-Bilanz, desto niedri-

ger die Mehrwertsteuer, der Zoll, die Zinsen etc., und es soll Vorrang beim öffentlichen Einkauf geben. Das Ergebnis: Die fairen, nachhaltigen, ethischen Produkte werden preisgünstiger als die unethischen, und die verantwortungsvollsten Unternehmen verbleiben am Markt. Diejenigen scheidet hingegen aus, denen die Grundwerte der demokratischen Gemeinschaft nichts bedeuten und die auch nicht bereit sind, „ethisch zu lernen“. Konkret werden Unternehmen etwa dafür belohnt, wenn sie über die Verkürzung der Regelarbeitszeit (z. B. um 10 bis 20 Prozent) zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen; indem sie Menschen mit besonderen Bedürfnissen oder MigrantInnen integrieren; indem sie auf Gender-Parität bei Beschäftigung, Einkommen und Mitbestimmung achten oder die höchsten verfügbaren ökologischen Standards einhalten. Schwere Regelbrüche wie die Nichteinhaltung der Kernarbeitsnormen der ILO (Internationale Arbeitsorganisation der UNO), das Ausnützen von Steueroasen oder die Nichtoffenlegung aller Unternehmensbeteiligungen oder



Ende des Finanz-Wachstums-Credos: Rund 1.200 Unternehmen unterstützen die Prinzipien der Gemeinwohl-Ökonomie.

von Lobbying-Aktivitäten führen hingegen zu so großen Bilanz-Mali, dass diese Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren würden. Letztlich wären auf diesem Weg die Marktgesetze in Einklang gebracht mit den Grundwerten der Verfassungen.

Bruttonationalglück statt BNP

Erste Erfahrungen mit Pionierunternehmen zeigen, dass die Gemeinwohl-Bilanz zu wirken beginnt: Ein Restaurant in Innsbruck lässt von den Lehrlingen die Speisekarte bio, fair und regional zusammenstellen. Ein Südtiroler Unternehmen hat die Marketingstrategie umgestellt von „So viel verkaufen wie möglich“ auf „Nur das verkaufen, was die KundInnen wirklich brauchen“. Das ist im Kleinen ein Beitrag von der Konsum- und Wachstumszur Suffizienzgesellschaft. In Österreich helfen sich Pionierbetriebe sogar gegenseitig mit finanziellen Mitteln aus, und ein Salzburger IT-Dienstleister hat die gesamte Belegschaft in den Bilanzstellungsprozess eingebunden. Seither denken die Beschäftigten in allen Bereichen mit, bringen Ideen eigeninitiativ ein und nehmen den „Chef“ in die Verantwortung. Immer mehr Unternehmen überlegen, sich in Genossenschaften zu verwandeln oder eine neue Rechtsform zu entwickeln: das „Gemeinwohl-Unternehmen“.

Je besser die Gemeinwohl-Bilanzen der Unternehmen ausfallen, desto besser ist auch das Gemeinwohl-Produkt, das den Erfolg einer Volkswirtschaft misst. Das BIP misst, so wie die Finanzbilanz eines Unternehmens, nicht die Zielerreichung, sondern die Mittel des Wirtschaftens. Das Ziel des Wirtschaftens ist laut Lehrbüchern die Bedürfnisbefriedigung, und wenn diese gelingt, erwächst daraus das verfassungsmäßige Ziel: das Gemeinwohl. Ein Gemeinwohl-Produkt könnte sich aus den 20 oder 30 relevantesten Komponenten von Lebensqualität zusammensetzen. In Gemeinden, die auf Gemeinwohl ausgerichtet sind, wären BürgerInnen in der Lage, selbst so einen Index zu „komponieren“. Grundbedürfnisse und Beziehungswerte sind weltweit weitgehend kongruent. Anschauliches Beispiel dessen ist das „Bruttonationalglück“, das in Bhutan entwickelt wurde und sich an nachhaltigem Wirtschaften, sozialer Gerechtigkeit und kulturellen Werten anstatt am Wirtschaftswachstum als oberster Maxime orientiert. Das BNG hätte aber genauso

gut von einer österreichischen Universität stammen können.

Gemeinwohl-Ampel für Transparenz

Wie könnte eine alternative Wirtschaftsordnung Realität werden? Der „Gesamtprozess Gemeinwohl-Ökonomie“ setzt sich aus mehreren strategischen Strängen zusammen, die ineinandergreifen sollen. Die Unternehmen und deren Bilanz werden über eine Gemeinwohl-Ampel (ähnlich der Idee der Lebensmittelampeln auf Verpackungen) für die KonsumentInnen transparent und messbar.

Nach nunmehr zweieinhalb Jahren seit Gründung dieser Bewegung unterstützen diese Idee nun rund 1.200 Unternehmen in 15 Staaten. Jeder dritte Betrieb hat den Prozess der Bilanzerstellung bereits begonnen, rund 60 Unternehmen aus mehreren Staaten haben den Prozess mit einem externen Audit

IN ÖSTERREICH SIND DIE HÖCHSTEN EINKOMMEN 1.000-MAL SO HOCH WIE DIE NIEDRIGSTEN. IN DEN USA RUND 350.000 MAL.

abgeschlossen. Täglich kommen neue Unternehmen jeder Größe, Branche und Rechtsform hinzu. Die ersten Banken sind ebenso an Bord wie größere Unternehmen: Drei Unternehmen aus Deutschland, Österreich und Ägypten mit etwa zweitausend Beschäftigten zählen dazu. Über deren Bilanzergebnis soll schon bald die „Gemeinwohl-Ampel“, die auf allen Produkten angebracht wird, Auskunft geben. Sie gibt den KonsumentInnen Informationen für eine ethische Kaufentscheidung und später dem Gesetzgeber für die unterschiedliche Behandlung der Unternehmen. Am Tag X werden Produkte ohne Gemeinwohl-Ampel vielleicht nicht mehr gekauft. Unethische Unternehmen sind dann bereits massiv unter Zugzwang geraten, ihre Bilanzen transparent zu gestalten.

Bereits Anfang 2013 haben erste Städte und Gemeinden den Weg zur „Gemeinwohl-Gemeinde“ und „Gemeinwohl-Region“ eingeschlagen. Das bedeutet, dass sie ihre Bilanzen nun selbst erstellen und die Privatunternehmen in ihrem Einzugsgebiet einladen, das auch zu tun. Zusätzlich initiieren diese Kommunen Prozesse, in de-

nen BürgerInnen sich ebenfalls beteiligen können. Die Entwicklung des „Kommunalen Lebensqualitätsindex“ dient als Vorarbeit zum Gemeinwohl-Produkt. Mit „Kommunalen Wirtschaftskonventen“ werden die Fundamente der Wirtschaftsverfassung der Zukunft entwickelt. Was dort demokratisch diskutiert wird, soll die Zukunft der Wirtschaftsordnung wesentlich gestalten. Es geht um 20 Schlüsselemente vom bedingungslosen Grundeinkommen bis zum Erbrecht, von der Care Economy bis zu den Commons (also gemeinsam genutzte Güter).

Ein konkretes Beispiel aus den Vorschlägen der Gemeinwohl-Ökonomie zeigt, wie anders die Bevölkerung empfindet und entscheiden würde, wenn sie die Freiheit dazu hätte: In ganz Europa entschieden Menschen, als man sie im Rahmen von Veranstaltungen zum Thema befragte, dass die Ungleichheit zwischen den niedrigsten und höchsten Einkommen ungefähr beim Faktor 10 liegen sollte. Die Realität sieht anders aus: In Österreich sind die höchsten Einkommen 1.000-mal so hoch wie die niedrigsten, in Deutschland 6.000-mal und in den USA 350.000-mal so hoch. Auch Fragen des Eigentums und der Unternehmensdemokratie würden – bei demokratischen Prozessen – mit Sicherheit anders entschieden, als die derzeitige Gesetzeslage ist. Das bedeutet Veränderung und ruft auch Widerstand bei einigen Interessenvertretungen hervor. Auch deshalb soll der Weg von unten nach oben führen.

Aus den kommunalen Konventen könnten durch direkte Wahl (Modell Island) oder über Delegationen ein Bundeswirtschaftskonvent konstituiert werden, der dann die erste demokratische Wirtschaftsverfassung ausformuliert und dem Souverän zur Abstimmung vorlegt. Historisch ein würdiges Datum wäre der 100. Geburtstag der ersten Verfassung der Ersten Republik, das wäre schon bald: 2018.

Alle Infos zu Inhalten und Möglichkeiten des Mitmachens:
www.gemeinwohl-oekonomie.org

Christian Felber ist Sprecher von attac und Autor mehrerer Bücher, darunter „Retten wir den Euro“ (Deuticke, 2012), „Die Gemeinwohl-Ökonomie“ (Deuticke, 2012), „Kooperation statt Konkurrenz – 10 Wege aus der Krise“ (Deuticke, 2009).

VERNUNFTBASIERTE LÖSUNGEN

Wirtschaftswachstum: Brauchen wir das?

Wenn die europäische Wirtschaft nicht mehr wächst, muss stärker um die Verteilung des Kuchens gestritten werden. Wachstums- und Wohlstandsfragen müssen dafür entkoppelt werden.

Kommentar: Markus Marterbauer

In der EU und ganz besonders in den Krisenländern von Spanien bis Zypern liegt das Bruttoinlandsprodukt, also die Summe der erzeugten Güter und Dienstleistungen, sechs Jahre nach Beginn der von Banken und Finanzmärkten ausgelösten Krise noch immer unter dem Niveau von 2007. Die Wirtschaft schrumpft, anstatt wie in der Vergangenheit zu wachsen. Die Folgen sind offensichtlich: Die Zahl der Arbeitslosen hat sich seit Beginn der Krise um mehr als 10 Millionen erhöht, die Staatsschulden sind um 3.700 Milliarden Euro gestiegen, gleichzeitig ist jedoch auch der Energieverbrauch zurückgegangen. Wer Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung wieder verringern will, muss zunächst bei einer Stabilisierung der Wirtschaft ansetzen und einen Kurswechsel in der europäischen Politik erreichen: aktive Verteilungs- und Beschäftigungspolitik statt Kürzung von Sozialleistungen und Lohnsenkungen.

Doch dabei kann nicht nur auf das alte Rezept des Wirtschaftswachstums gesetzt werden. Zum ersten, weil die Finanzkrise noch länger anhalten und damit auch das Wachstum schwach bleiben wird. Zum zweiten, weil das Bruttoinlandsprodukt und sein Wachstum nur wenig geeignete Maße darstellen, um das übergeordnete Ziel des Wirtschaftens zu erreichen: eine Erhöhung des Wohlstandes für alle. Hier spielen Fragen der Verteilung von Einkommen und Vermögen, des

Zugangs zu qualitätvollen sozialen Dienstleistungen und der Verfügbarkeit nichtmaterieller Wohlstandselemente eine viel wichtigere Rolle. Zum dritten, weil heute klar ist, dass hohes Wirtschaftswachstum mit einer starken Zunahme des Material- und Ressourcenverbrauchs verbunden ist und damit an seine natürlichen Grenzen stößt.

In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg hat ein rasches Wachstum des wirtschaftlichen Kuchens gereicht, um eine Verbesserung von Realeinkommen und Lebensbedingungen für viele Menschen zu erreichen. Das war in der Finanzblase der 1990er und 2000er Jahre schon nur mehr sehr eingeschränkt der Fall, das Wachstum kam einseitig dem Finanzsektor, den VermögensbesitzerInnen und SpitzenverdienerInnen zugute. Wenn in Zukunft die Wirtschaft nicht mehr oder nicht mehr so stark wächst, dann müssen wir nach anderen Wegen suchen, sozial- und beschäftigungspolitische Ziele zu erreichen.

Es wird mehr um die Verteilung des Kuchens gestritten werden müssen. Die emanzipatorischen Ansatzpunkte für eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Wohlstandsverbesserung sind vielfältig:

- Die Verkürzung der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit muss einen hohen Stellenwert haben, zunächst etwa in Form einer sechsten Urlaubswoche für alle.



Illustration: Petja Dimitrova

- Der Sozialstaat muss die Menschen in jenen Lebensphasen besonders unterstützen, in denen sie sehr schutzbedürftig sind. Das bedeutet den Ausbau von Kindergärten und Krippen, Bildung und Sozialarbeit, Gesundheit und Pflege sowie die Verbesserungen von Arbeitsbedingungen und Einkommen für jene Menschen, die diese Leistungen erbringen.

- Soziale Dienstleistungen und Sozialtransfers müssen teils durch die Besteuerung von Vermögen, Erbschaften und Ressourcenverbrauch finanziert werden.

- Der Finanz- und Bankensektor muss – geleitet durch staatliche Regulierungen, höhere Finanztransaktionssteuer und Bankenabgabe – verkleinert werden.

- Technologische und soziale Innovationen müssen verstärkt, Energieverbrauch und Schadstoffausstoß verringert, der Konsumstil verändert, die Mobilität neu organisiert werden.

Mit einer aktiven Politik zur Neuverteilung des wirtschaftlichen Kuchens würde sich auch der Kapitalismus, wie wir ihn kennen, ändern.

Markus Marterbauer leitet die Wirtschaftswissenschaft und Statistik in der Arbeiterkammer Wien. 2011 erscheint sein Buch „Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle“ im Deuticke Verlag.

Blog: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at>



WENN GLETSCHER SCHMELZEN

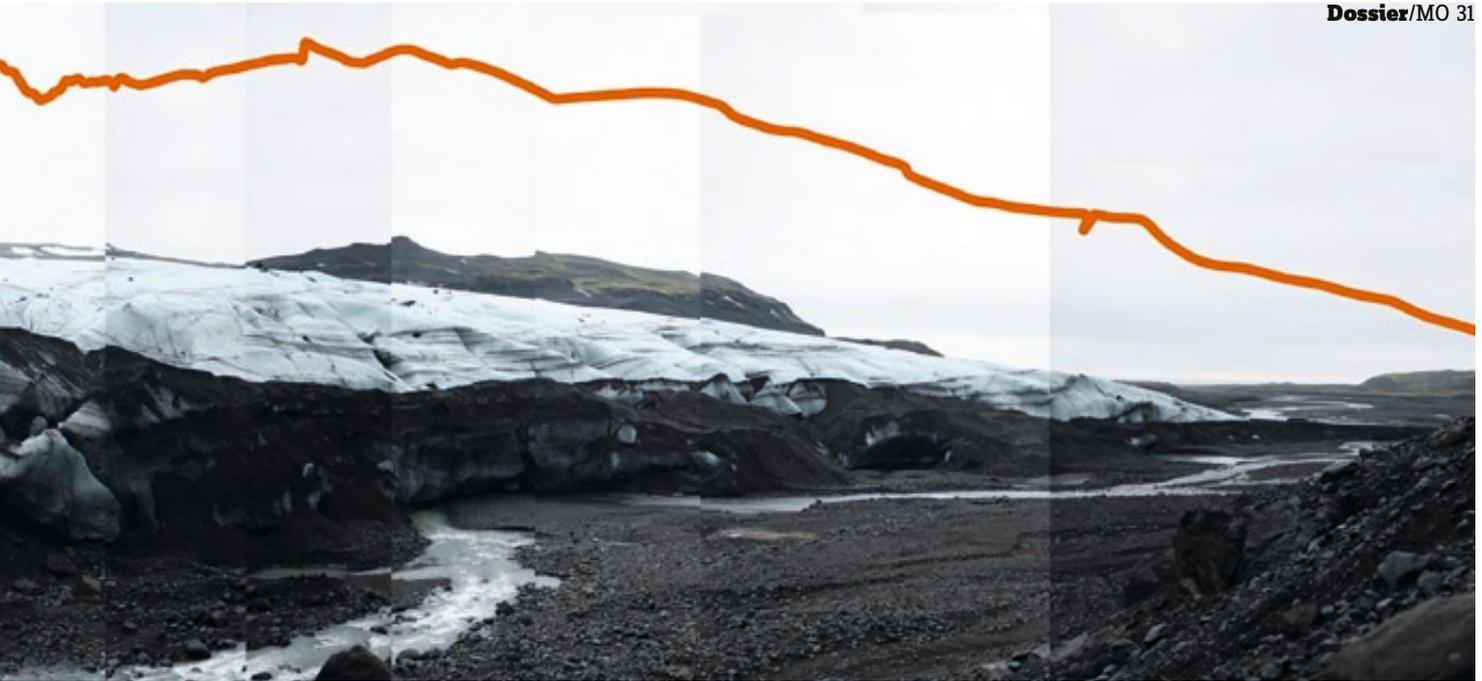
Österreich muss sich für wärmere Zeiten rüsten. Im Sommer werden Steppen das Landschaftsbild prägen, alte Getreidesorten sollen die Ernährungssicherheit garantieren. Und Skilifte könnten Gäste bald zum Golfsport auf den Berg bringen.

Text: Eva Bachinger

Wasserfälle, grüne Wiesen und Gletscher – so vermarktet die Tourismuswerbung Österreich. Noch. Schon möglich, dass Wintersportpensionen in Zukunft mehr auf alpine Tennis- und Golfplätze umsatteln müssen. Denn die Berichte, die der Alpenverein jährlich über den Rückgang der Gletscher wie der Pasterze am Großglockner, dem Obersulzbachkees oder dem Großvenediger vorlegt, sind eindeutig. Die einst stattliche Pasterze hat sich im vergangenen Jahr erneut um 100 Meter zurückgezogen, während 13 von 95 vermessenen Gletschern jeweils um mehr als 30 Meter schmolzen. Um 1,8 Grad Celsius hat sich in Österreich die Jahresdurchschnitts-

temperatur im letzten Jahrhundert erhöht. Die Folgen zeigen sich in den Alpen: „Die Gletscher zerbröseln. Da sieht man wirklich, was abläuft“, sagt Klimaforscher Herbert Formayer von der Universität für Bodenkultur in Wien. Jeder, der sich bei Touren in den Bergen bewegt, merkt die Veränderungen: Am Ankogel in Kärnten gibt es bereits jetzt nur noch Schutt statt Eis und Schnee. Durch das Auftauen des Permafrostbodens werden die Berge instabiler. Eines der deutlichsten Beispiele für den rasanten globalen Gletscherverlust innerhalb nur weniger Jahre lieferte der National-Geographic-Fotograf James Balog mit seiner Studie „Extreme Ice Survey“, deren Ergebnisse er im Dokumen-

tarfilm „Chasing Ice“ 2012 dokumentierte. Wenn also der Klimawandel weiterhin so voranschreitet, würde sich Österreichs gesamte Landschaft massiv verändern. Eigentlich kann man nicht mehr im Konjunktiv schreiben: „Eine weitere durchschnittliche Erwärmung von zwei Grad Celsius bis Mitte des Jahrhunderts ist nicht mehr vermeidbar“, so Formayer. Steuert man nicht dagegen, sind bis zu vier Grad Ende des Jahrhunderts zu befürchten. „Wenn man weiß, wohin man schauen soll, sieht man die Folgen schon jetzt eindeutig. In 20 bis 30 Jahren wird man sich überlegen müssen, wohin man schaut, damit man sie nicht sieht“, drückt es Jurrien Westerhof von Greenpeace aus.



„Chasing Ice“: Der Dokumentarfilmer James Balog schockierte beim Sundance Filmfestival das Publikum. Die von ihm initiierte, bislang weltweit weitreichendste Fotostudie belegt einen dramatischen Eisverlust von Gletschern in Grönland, Island, Alaska, Kanada und im Himalaya innerhalb nur einiger Jahre.

Formayers Prognosen sind schlecht: „Die Gletscherzonen zerfallen, in 10 bis 20 Jahren werden alle nur noch von Schutt bedeckt sein. Nur Hängegletscher werden sich auf über 3.500 Meter halten können.“ Das ist für den alpinen Lebensraum bedrohlich: Schwinden die Gletscher, werden nicht nur BergsteigerInnen wehmütig sein und TouristInnen ausbleiben. Alle werden es merken: In den trockenen und heißen Sommermonaten könnte es zu Engpässen bei Trinkwasser kommen, auf dessen Qualität Österreich doch so stolz ist. Zwar wird es durch die Gebirgslage weiterhin genügend Niederschlag geben – in dieser Hinsicht hat etwa Ungarn die schlechteren Karten –, aber die Gletscher regulieren den Wasserhaushalt. Sie speichern im Winter den Niederschlag, im Juli und August, wenn Wasser dringend gebracht wird, geben sie es frei.

Chancenlos: Hybridpflanzen

Daran hängt viel: Rund zwei Drittel der Stromerzeugung erfolgen über Wasserkraft, andere Kraftwerke benötigen Kühlwasser, die Landwirtschaft ist auf Wasser angewiesen. Zwei Drittel des Wassers in Österreich verbraucht die Industrie. Ob wir in Zukunft Autos noch mit Trinkwasser waschen und im Haushalt für WC-Spülungen vergeuden wollen, wird zu überdenken sein. Formayer rechnet mit phasenweisem Wassermangel im Boden, der Österreich im Sommer so aussehen lassen wird wie heute Anatolien. Auch die Wälder werden sich verändern: Standortfremde Nadelbäume wie die Fichte werden

bis zur Mitte des Jahrhunderts verschwinden. Sie wurde wegen höherer Profitraten in Mitteleuropa stark kultiviert, Monokulturen wie die der Fichte sind aber gegenüber Immissionen, Schädlingen und Trockenstress deutlich anfälliger. Buchen und Eichen werden hingegen durch die Erwärmung auch in höheren Lagen gute Bedingungen vorfinden. Der Klimaforscher Formayer hält es sogar für möglich, dass die Vegetationsperiode hierzulande im Winter gar nicht mehr unterbrochen wird. Auf Ökosysteme wie den Nationalpark Donauauen wirkt sich die

DAS TURBOGEMÜSE AUS DEM SUPERMARKT WIRD DEN KLIMAWANDEL NICHT ÜBERLEBEN.

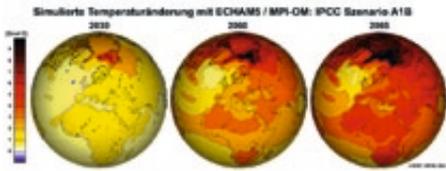
Kombination aus Wassermangel und Hitze allerdings fatal aus.

Besonders der Osten Österreichs wird im Lauf der nächsten Jahrzehnte zunehmend trockener. An eine Steppenlandschaft im Sommer wird man sich gewöhnen müssen. Davon wird auch die Gemüse- und Obstproduktion im Marchfeld massiv betroffen sein. Die intensive Landwirtschaft, wie sie derzeit betrieben wird, sei aber ohnehin eine Sackgasse, prognostiziert Heidemarie Porstner, Gentechnikexpertin von Global 2000. Hybridpflanzen, die Höchstleistungen und Profit versprechen, werden mit der Erderwärmung nicht zurande kommen: „Durch den massi-

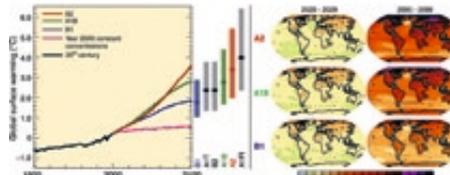
ven Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden wird eine künstliche Umgebung für die Pflanze geschaffen. Sie können sich an geänderte Bedingungen in 10, 20 Jahren nicht anpassen. Alte Sorten hingegen sind widerstandsfähiger und flexibler“, erklärt Porstner. Selbst Umweltminister Nikolaus Berlakovich wies darauf hin, wie wichtig Sortenvielfalt diesbezüglich für die Ernährungssicherheit sei. Doch in den vergangenen hundert Jahren gingen laut einer Schätzung der UNO 75 Prozent der Agrarpflanzen bereits verloren. Da Landwirte vermehrt zum Saatgut der Agrarindustrie greifen, geraten die alten Sorten in den Hintergrund. Trotz engagierter Vereine wie Arche Noah, wo man 6.500 Sorten archiviert hat, ist derzeit keine große Trendwende in Sicht. Ein Problem wird auch zunehmend, dass die Böden durch Monokulturen wie Mais ausgelaugt sind. Statt einer Fruchtfolge werden Jahr für Jahr dieselben Pflanzen angebaut und fordern den Boden intensiv. Wenn starker Niederschlag durch den Klimawandel zunimmt, schreitet auch der Bodenverlust munter voran. Er kann Wasser nicht mehr so gut aufnehmen, und das fruchtbare Material wird ausgeschwemmt, schildert Porstner.

Wirtschaftswachstum um jeden Preis?

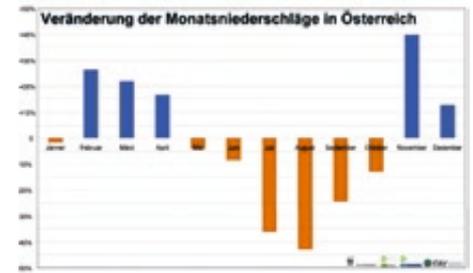
Dass Konzernchefs und Wirtschaftskapitäne auf Kosten der Umwelt munter ihren Renditen nachjagen, dürfte bei späteren Generationen in 100 oder 200 Jahren kaum noch Verständnis finden. Erst im April veröffentlichte die UNO eine Studie, wonach man in



Erderwärmung: Rot signalisiert Hitze.



Temperaturszenarien: Sanfter Anstieg zwischen 1900 und 2000, danach steile Kurven.



Regenverhältnisse verändern sich. Schlechte Aussichten für wasserintensive Landwirtschaft.

den Zehnerjahren dieses Jahrhunderts einen Rekordwert an Emissionen von CO₂ und anderen Schadstoffen erreicht habe. Mehr Fabriken, mehr Autos, mehr Flugverkehr, aber auch mehr Fleischkonsum treiben auch die Temperatur in die Höhe. Die energieintensive Fleischindustrie (für 1 kg Fleisch werden 10 kg bis 20 kg Getreide benötigt) mit ihren ungeheuren Mengen an Kohlendioxid und Methangas (durch Berge an Kot und Urin) soll nach einigen Berechnungen die Emissionen des gesamten Verkehrs auf der Welt noch übertreffen. Während am Wachstumsparadigma des Kapitalismus also munter festgehalten wird, steigen die Temperaturen auf dieser Welt. Das Ziel von immerhin 200 Ländern, die Erderwärmung wenigstens auf zwei Grad im Vergleich zur Zeit der Industriellen Revolution zu begrenzen, ist damit gefährdet.

Die zunehmende Erwärmung macht auch vor den Gewässern nicht halt. Forellen

oder die Europäische Äsche brauchen kühles Wasser. Sie werden ebenso wieder verschwinden wie der derzeit in Programmen wieder angesiedelte Seeadler – das Wappentier Österreichs. Die Wasservögel, von denen er sich im Winter ernährt, wird es schlicht nicht mehr geben. Der Zoologe Thomas Frank geht davon aus, „dass die Erwärmung schneller voranschreitet, als heimische Arten an Orte gelangen, wo es ihnen angenehm genug ist.“ Für Spezialisten wie Schmetterlinge wird es dann eng, sie haben oftmals nur eine Futterpflanze, die woanders nicht genügend vorhanden ist. Es gibt aber auch Gewinner des Klimawandels in unseren Breitengraden. Insekten und Spinnen, die es warm mögen, werden sich vermehren. Und es wird eine Mücke zuwandern, die man bislang nur aus den Tropen kannte: die Anopheles-Mücke, sie überträgt das Malaria-Virus.

Selbst wenn man davon ausgeht, dass die Klimaerwärmung nicht nur auf menschli-

ches Verhalten zurückzuführen ist – wärmere Temperaturen hat es in der Erdgeschichte öfters gegeben –, ist der Einfluss des Wachstumsdenkens in anderen Bereichen deutlich sichtbar. Hier trägt der Mensch zu 100 Prozent die Verantwortung. Die Regulierung vieler Flüsse in Österreich zur Stromerzeugung – Wasserkraft gilt als grüne Energie – bedeutet bei weiterer Forcierung, dass auch die letzten natürlichen Flusskilometer verloren gehen. Der Verbund baut derzeit rund zehn neue Kraftwerke an Flüssen. Laut Naturschützer Ulrich Eichelmann sind in Österreich insgesamt 62 Staudämme geplant. Letzte wilde Oberläufe wie im Kautneral könnten genauso verloren gehen wie die naturnahen Bereiche an der Mur in Salzburg. „Ganz besonders in Österreich ist kein einziges zusätzliches Wasserkraftwerk mehr akzeptabel. Denn zum einen haben wir nur noch Reststrecken, die an echte Flüsse erinnern, zum anderen haben wir kein Produktionsproblem, sondern ein Verbrauchsproblem. Wir produzieren nicht zu wenig Energie, wir verbrauchen zu viel“, meint Eichelmann. Selbst wenn man nun alle Projekte verwirklichen würde, stehe Österreich 2020 energiewirtschaftlich wieder vor demselben Problem. Nur: „Dann hätten wir gar keine Flüsse mehr zum Verbauen.“

Während also fleißig vor der globalen Erwärmung gewarnt und ebenso fleißig die Güterproduktion vorangetrieben wird, melden sich vermehrt auch Personen zu Wort, die über den Verdacht, Öko-Fundis zu sein, erhaben sind. Anlässlich eines beunruhigenden Berichts des Weltklimarats (IPCC) gab Kurt Weinberger, Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Hagelversicherung, zu Protokoll: „Durch die Klimaänderung wird die Sicherheit der nationalen Lebensmittelversorgung zu einem wachsenden Risiko“, und er fügte noch hinzu: Die Österreicher werden „auf viel Wohlstand verzichten müssen“, wenn man nicht stärker in den Klimaschutz investiert.

Sommeransichten: An Steppenlandschaften wie in Afrika wird man sich in Österreich in wenigen Jahrzehnten gewöhnen müssen.



EIN PAAR CENT ZWISCHEN LEBEN UND ÜBERLEBEN

Billigexporte aus der Europäischen Union wie Hühnerflügel und Milchpulver landen zu Schleuderpreisen auf afrikanischen Märkten. Die EU-Agrarlobby macht es möglich.

Reportage: Jantje Hannover
Fotos: Karin Wasner

Etwa 55 Milliarden im Jahr soll der Agrarhaushalt der Europäischen Union für die neue Förderperiode ab 2014 betragen – nach Einschätzung vieler ExpertInnen setzt diese gigantische Summe auch in Zukunft falsche Akzente. Ein Großteil der Gelder in Deutschland geht an Agrargroßbetriebe oder Konzerne wie Nordmilch und Südzucker, in Österreich etwa an die Agrana Stärke (wo man Afrika als Emerging Market forciert) oder die Molkerei Berglandmilch, die u. a. Milchpulver produziert. Die Veröffentlichung der Subventionszahlungen in Deutschland, von Entwicklungshilfe- und anderen Organisationen mühsam erkämpft, wurde kurz nach ihrer Einführung durch die Lobbyarbeit von Bauernverband und Lebensmittelindustrie wieder eingeschränkt. Das gilt auch für Österreich, wo in der Transparenzdatenbank nur noch Subventionen an juristische Personen einsehbar sind. Von 140.000 FörderempfängerInnen, die jährlich rund 1,8 Milliarden Euro erhalten, sind für das vergangene Jahr nur etwas über 4.500 „Leistungsempfänger“ veröffentlicht.

Verlässliche Zahlen stammen daher von 2009: Damals haben sechs Prozent der größten Betriebe rund 60 Prozent der Agrardirektzahlungen erhalten, nicht selten kamen sie auf 120.000 Euro Förderung pro Arbeits-



Durch EU-Exportoffensiven werden lokale Bäuerinnen in Westafrika unterboten. Sie gehen Bankrott.

kraft. Daran hat sich nichts grundlegend geändert, kritisiert Carolin Callenius von der evangelischen Entwicklungs-NGO „Brot für die Welt“: „Das ist nicht gerecht, das ist auch nicht, was wir uns vorstellen unter einer gezielten Förderung der Agrarwirtschaft.“ Weil Förderungen vor allem an Großbetriebe gehen, mussten viele kleinere Bauern und Bäuerinnen in der EU ihre Landwirtschaft aufgeben. Ein gezielter Strukturwandel, der

vom zuständigen Ministerium erwünscht ist. Als größtem Geber im Agrarbereich ist es der Bundesregierung bisher auch jedes Mal gelungen, eine Kappung der Gelder für Großbetriebe abzuwenden. Das wird sich in der neuen Förderperiode ab 2015 voraussichtlich ändern: Bei den bereits erfolgten Abstimmungen im März im Europäischen Parlament wurde beschlossen, Zahlungen auf 300.000 Euro pro Betrieb zu begrenzen.



Entwurzelte Bauern. Oft landen sie in den Städten, in der Hoffnung, dort Arbeit zu finden.

Gleichzeitig gibt es vorsichtige Ansätze zu einer Ökologisierung. Wer die volle Zahlung erhalten möchte, muss drei Prozent seiner Fläche ohne Chemie bewirtschaften. Auf Anfrage lässt das Österreichische Lebensministerium ausrichten: „Das „Verhandlungsmandat des Rates sieht die Anwendung des ‚Capping‘ auf freiwilliger Basis in den Mitgliedsstaaten vor.“ Das klingt nicht so, als würde man in dieser Frage die sonst so gern betonte Vorreiterrolle suchen.

Hühnchen aus Europa

Die beiden kirchlichen Hilfsorganisationen Brot für die Welt und Misereor bewerten die bisherigen Beschlüsse zur Agrarreform der EU trotzdem als entwicklungspolitische Katastrophe. Ihnen geht es vor allem um die Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit in armen Ländern. Weil Nahrungsmittel aus Europa trotz derzeit hoher Getreidepreise weiter subventioniert werden, sind sie billiger als Produkte aus ärmeren Ländern, kritisiert Francisco Mari von Brot für die Welt. Es lohnt sich für ProduzentInnen im Süden schlicht nicht, selbst Reis oder Weizen anzubauen, obwohl genau das der Schlüssel zur Ernährungssicherung wäre und von den verschiedenen Entwicklungshilfeministerien aus EU-Ländern auch gefordert wird. „Man hatte versprochen, die Agrarpolitik in Übereinstimmung mit der Entwicklungshilfepolitik zu gestalten. Davon ist wieder nichts übrig geblieben“, so Mari.

Noch katastrophaler wirken Billigimporte aus der Europäischen Union, beispielsweise Hühnchenflügel und -schenkel, die sich hierzulande nur schlecht verkaufen lassen. Sie

landen daher zu Schleuderpreisen auf afrikanischen Märkten. Aber auch billiges Schweinefleisch aus Massentierhaltung, Milchpulver oder Tomatenmark setzen die Kleinbauern und -bäuerinnen unter Druck. Wenn sie ihre Hühner und Eier in den umliegenden Dörfern nicht mehr loswerden, produzieren sie nur noch für den eigenen Bedarf. Oder sie geben die Landwirtschaft ganz auf und ziehen in die großen Städte, wo die meisten keine Arbeit finden. Frauen und Kinder bleiben in den Dörfern zurück, ihnen fehlt das Geld, um Lebensmittel zu kaufen. 850 Millionen Menschen hungern auf der Welt, davon leben rund 70 Prozent auf dem Land. Die Agrarpolitik der EU fördert durch die

850 Millionen Menschen hungern auf der Welt, davon leben rund 70 Prozent auf dem Land.



Behinderung der lokalen Landwirtschaft indirekt den Hunger, bestätigt Bernd Bornhorst von der katholischen Hilfsorganisation Misereor. Jahrelang hat er ein Milchvermarktungsprojekt mit 150 Familien nomadischer Viehherden im westafrikanischen Burkina Faso aufgebaut. Gemeinsam arbeitete man daran, Viehhaltung und Futteranbau zu verbessern und Vermarktungsideen wie z. B. die Veredelung zu Joghurt entwickeln:

„Eines Tages kam hier europäisches Milchpulver auf den Markt, dass in Europa industriell und subventioniert hergestellt wird. Es kostet in Burkina Faso 20 bis 30 Prozent weniger, als ein burkinischer Milchbauer für seine Milch verlangen muss. Das sind ein paar Cent, die den Unterschied zwischen Leben und Überleben ausmachen.“

Milchpulver von Konzernen

Damals sind die größeren industriellen Hersteller im Land auf das billige Milchpulver aus Europa umgestiegen. Mit viel Mühe ist es Misereor inzwischen gelungen, die Milch über die Kleinstmolkereien von Burkina Faso im begrenzten Segment des Ecofair Trade unterzubringen.

Die Menschen nahe Kongoussu können von so viel Marktchancen nur träumen. 3.000 EinwohnerInnen leben in dem Dorf im nördlichen Burkina Faso, dessen strohgedeckte Lehmhäuser sich über eine Anhöhe erstrecken. Hier wird auf traditionelle Art Hirse gestampft, Ziegen grasen auf einem abgeernteten Hirsefeld.

Dass das Leben im Dorf in den vergangenen Jahren schwerer geworden, beklagt der Dorfchef Naba Sigré. „Normalerweise haben



Europäischer Weizen unterbietet selbst afrikanische Preise. Das gefährdet die Ernährungssicherheit in armen Ländern.

wir zwei Mahlzeiten am Tag, mittags und abends. Als es nicht regnete, gab es nicht einmal eine Mahlzeit, wir haben gehungert. Das war vor allem für die Kinder und schwangere Frauen eine schwere Zeit.“

Naba Sigri schaut sorgenvoll in die Zukunft. Bis jetzt liefern die DorfbewohnerInnen aus Kongoussi nur etwas Baumwolle an einen lokalen Händler, die restlichen Felder bestellen sie mit Hirse für den Eigenbedarf. Gerade wird geerntet, verstreut stehen die DorfbewohnerInnen zwischen trockenen Stängeln auf einem winzigen Baumwollfeld. Sie zupfen kleine weiße Flauschpakete aus den aufgesprungenen Hülsen und stecken sie in einen Jutesack. Marcel Ouedraogo hat das Feld gepachtet: „Unsere Hirse reicht nicht, um die Familie zu ernähren. Darum versuchen wir mit Baumwolle etwas dazuzuverdienen.“ Dass die Menschen hier zu wenig zu essen haben, liegt auch daran, dass sie keinerlei staatliche Unterstützung bekommen, dass es kaum Straßen gibt und der Klimawandel ihre Felder austrocknen lässt.

EU-Agrarlobby profitiert

Es gibt genügend Lebensmittel auf der Welt, um alle ausreichend zu ernähren. Aber die Agrarexporte aus der EU haben Millionen westafrikanische Bauern und Bäuerinnen um

eine Einkommensquelle gebracht. Ihnen fehlt das Geld, um Nahrung zu kaufen. Trotzdem begründen der deutsche Bauernverband und das Agrarministerium ihr Ziel, die Produktion weiter zu steigern und noch mehr zu exportieren, damit, dass man die wachsende Weltbevölkerung ernähren müsse.

UNGLEICHES SPIEL: EU-MILLIARDEN VERSUS SUBSISTENZWIRTSCHAFT.

Bernd Bornhorst von Misereor weiß aus südamerikanischen Projekten, dass auch die Sojaimporte für die steigende Fleischproduktion in der EU hoch problematisch sind: „Wir haben in Paraguay und Nordargentinien viele Jahre mit Kleinbauern zusammengearbeitet, denen es schlecht ging. Wir haben versucht, nachhaltige Systeme aufzubauen mit einer breiten Anbaupalette, sodass sie erst einmal den lokalen Markt beliefern können.“

Viele dieser Bauern stehen heute vor den Trümmern dessen, was vorher mithilfe von Misereor aufgebaut worden war. In Südamerika leben kleine FarmerInnen oft auf Teilen von Großgrundbesitz. Häufig wissen die

Landbesitzer gar nicht, was ihnen genau gehört und lassen die SiedlerInnen in Ruhe. Es sei denn, es wird plötzlich interessant, das Land bis zum letzten Winkel zu nutzen. Das ist der Fall, seit Soja und Getreide viel Geld einbringen.

Millionen Kleinbauern und Kleinbäuerinnen in den Ländern des Südens haben in den letzten zehn Jahren ihr Land, für das sie häufig keinen Titel besitzen, verloren. Denn Boden ist wegen der steigenden Nachfrage nach Futtermitteln oder Biosprit plötzlich ein lukrativer Produktionsfaktor geworden. Auch die EU importiert im großen Stil Soja und Palmöl. Häufig wächst es auf Flächen, wo vorher Kleinbauern gewirtschaftet haben oder Regenwald stand. Am Landgrabbing – dem Aufkauf fruchtbarer Böden in Entwicklungsländern – beteiligt sich die EU allerdings nicht.

Die Kritik der Kirchen an der fehlenden internationalen Verantwortung wird im Bundesministerium zwar durchaus gehört. Aber Carolin Callenius bleibt auch angesichts der neuesten Reformen skeptisch: „Die Lobby der Agrarwirtschaft profitiert, wenn alles so bleibt, wie es ist. Auch wenn wir mit unseren Entwicklungsanliegen immer wieder großen Zuspruch erhalten, am Ende sitzen die Agrarkonzerne am längeren Hebel.“

REFÖRMCHENPOLITIK

Rot-weiß-rote Mogelpackung

Bürokratische Hürden, finanzielle Schwierigkeiten und ein begrenzter Zugang zum Arbeitsmarkt machen ausländischen StudentInnen das Leben schwer. Die Rot-Weiß-Rot-Karte hat nur wenig Verbesserung gebracht.

REPORTAGE: CLARA AKINYOSOYE
FOTOS: KARIN WASNER

Seit nunmehr acht Jahren lebt Alisa Izmaylova in Wien. In Usbekistan hatt sie Translationswissenschaften, in Kirgisien Psychologie studiert. Nach Wien wollte sie „aber nicht wegen der Psychoanalyse“, sagt Izmaylova. Österreichische Kultur, Musik, besonders Johann Strauß, das war es, was ihr positives Österreichbild und den Wunsch, hier zu studieren, begründete. „Meine Mutter hat für ein Ticket nach Österreich alle Schweine verkauft“, erzählt die Studentin. Ein Aufwand, der sich in den ersten Jahren nicht zu lohnen schien. Denn Izmaylova, die sich als Au-Pair bei einer österreichischen Familie beworben hatte, wird dort buchstäblich ausgebeutet. Sie kümmert sich um die Kindererziehung, erledigt den Haushalt und muss dafür erst mal im Waschraum hausen. Sie soll mit niemandem sprechen, soll keine Kontakte knüpfen, sich nicht emanzipieren. Izmaylova bleibt trotz der Widrigkeiten eineinhalb Jahre bei der Familie, besucht Deutschkurse, beginnt ein Studium und muss zwei Jahre ihres Bachelorstudiums aus Kirgisien nachholen. Von der Gastfamilie ist sie abhängig, weil Studen-

tInnen für die jährliche Verlängerung des Visums einen Mietvertrag vor- und zwischen 5.000 und 10.000 Euro Vermögen nachweisen müssen. Heimlich versucht die junge Studentin, sich ein unabhängiges Leben aufzubauen, lernt Menschen kennen, die sie unterstützen und ihr Arbeit anbieten. Daraus wird nichts. Vier Anträge auf eine Arbeitsgenehmigung stellt Izmaylova und erhält vier

Ernüchternde Erfahrungen: Vier Jobangeboten folgten vier nicht bewilligte Arbeitsgenehmigungen.

Absagen. Vor der Gesetzesänderung und der Einführung der Rot-Weiß-Rot-Karte war es für StudentInnen noch schwieriger, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Denn wenn der Bedarf eines Betriebs auch von ÖsterreicherInnen gedeckt werden könnte, durfte das Unternehmen nicht frei entscheiden, sondern musste der heimischen Arbeitskraft den Vorzug geben. Für Drittstaatsangehörige gilt diese Regelung auch weiterhin. Aus-

nahmen gibt es wenige, etwa für sogenannte Schlüsselkräfte oder StudienabsolventInnen. Mehr als 65.000 ausländische StudentInnen gibt es in Österreich. Für alle, die nicht aus dem EU-Raum kommen, heißt es weiterhin: Wer hier studiert, darf noch lange nicht hier arbeiten.

Geld sparen, Geld borgen

Bei Izmaylova klappt es schließlich doch noch mit der Arbeitsgenehmigung – bedingt. Sie darf bis zur Geringfügigkeitsgrenze verdienen (das sind 2013 386,80 Euro) und muss damit ihre Miete, ihr Studium und ihr Leben finanzieren. Und sie muss sparen – auf höchstem Niveau –, um Rücklagen für die jährliche Visumsverlängerung nachweisen zu können. Wer gute Freunde hat, borgt sich ein paar Tausender und gibt sie nach dem Erhalt des Visums zurück. So auch geschehen bei Izmaylova, die sich mittlerweile im Doktoratsstudium befindet und teilzeitarbeitet – als Russischlehrerin und Betreuerin für Folteropfer im Verein Hemayat. Sie hat gelernt, ein „bescheidenes Leben“ zu führen. Sie kocht zu Hause, geht wenig aus,



Alejandro Verdín, Suján Dhamala, Alisa Aizmailova:
Sie studierten in Österreich. Das Resümee: Viele
Auflagen, wenig Arbeitschancen durch die Behör-
den. Die bürokratischen Hürden, die Studierende
aus Drittstaaten überwinden müssen, sind massiv.

lässt sich „Kleidung von Freunden schenken“, lebte sogar ein halbes Jahr bei ihnen. „Ich sollte Sparkurse geben“, witzelt die Dolmetscherin. Was hier beschrieben wird, sind Probleme, von denen viele ausländische Studierende ein Lied singen können. Sie leben mitunter in prekären Verhältnissen, weil sie praktisch mehr verdienen müssen, als sie mit legaler Arbeit einnehmen dürfen. Dass nicht angemeldete Tätigkeiten bei einem Teil von ihnen an der Tagesordnung sind, können viele gar nicht abstreiten.

ÖH übt Kritik

StudentInnen, die unter 24 Jahre alt sind, müssen schon beim Erstantrag für ein Studentenvisum – der aus dem Heimatland zu stellen ist – für ein Jahr im Voraus einen Mietvertrag und einen monatlichen Unterhalt in der Höhe 450 Euro nachweisen. Pech, wenn man über 24 Jahre alt ist, dann muss der Unterhalt 850 Euro monatlich betragen. Schwierigkeiten, diese Voraussetzungen zu erfüllen, haben viele, weiß Rukiye Eraslan aus ihrem Alltag. Sie ist Referentin für ausländische Studierende bei der ÖH. Die bürokratischen Hürden, die Studierende aus Drittstaaten überwinden müssten, seien massiv. StudentInnen eines Bachelorstudiums dürfen nicht mehr als zehn Stunden, Masterstudierende nicht mehr als 20 Stunden in der Woche arbeiten. Die Beschränkungen bringen Studierende in finanzielle Schwierigkeiten und zielen offenbar darauf ab, dass die Menschen in den Jahren ihres Studiums möglichst wenig Verankerung in Österreich finden. Und dann schnell wieder gehen.

Auch in dieser Hinsicht wird die Vorgabe, dass potenzielle Arbeitgeber eine Beschäftigungsbewilligung beim AMS beantragen müssen, verständlich. Das sei ein Mehraufwand, den sich viele Unternehmen nicht antun wollen, so Eraslan. Die Forderung der ÖH-Vertreterin: Statt des langwierigen Verfahrens sollten Unternehmen lediglich dazu verpflichtet werden, das AMS 14 Tage vor Arbeitsbeginn über die neue Arbeitskraft zu informieren.

Auch die im Jahr 2011 eingeführte Rot-Weiß-Rot-Karte, die für Studierende de facto eine Verbesserung gebracht hat, hält die Referentin nicht für gelungen. Wer ein Studium abgeschlossen hat, muss ein Einstiegsgehalt von stattlichen 1.997 Euro brutto nachweisen, um die Rot-Weiß-Rot-Karte zu bekommen. Dass das für viele eine unüberwindbare Hürde und in vielen Branchen keinesfalls ein übliches Ge-



Sujan al Nepal: Jobangebote unerheblich, weil die Behörden sein Studium in Wien nicht anerkennen..

halt ist, ist klar. Sechs Monate gibt der Staat den Absolventinnen Zeit, um einen solchen Job zu finden. Mehrfachbeschäftigungen oder Werkverträge gelten übrigens nicht, akzeptiert wird nur eine Fixanstellung. Und für BachelorabsolventInnen gilt die Regelung sowieso nicht.

Bachelor-Studierende dürfen nicht mehr als 10 Stunden pro Woche arbeiten, Master-Studierende nicht mehr als 20.

Billigarbeit als Ausweg

Alejandro Verdin kommt 2010 aus Mexiko nach Österreich. Er hat einen guten Job, ein abgeschlossenes sechsjähriges Bachelorstudium in Industrial Design und zehn Jahre Berufserfahrung. Die Liebe zu einer in Österreich lebenden deutschen Staatsbürgerin führt ihn nach Wien. Verdin besucht Deutschkurse und beginnt ein außerordentliches MBA Studium (Master of Business Administration) an der WU. Dafür berappt er rund 25.000 Euro. Forderungen nach geringeren oder gar keinen Studiengebühren für ausländische Studierende, die „vielleicht 3.000 Euro“ für ein Studium bezahlen, hält Verdin für einen Witz. „There is no free lunch. Ich will nichts geschenkt“, sagt er. Und geschenkt wird dem engagierten jungen Mann auch nichts. Verdin schafft es als Quereinsteiger nicht, berufliche Er-

fahrungen in Österreich zu sammeln. Die Unternehmen sagen dem damaligen Studenten geradeheraus, dass ihnen die Prozedur, einen Nicht-EU-Bürger anzustellen, zu aufwendig sei. Andere Unternehmen wiederum, kritisiert Verdin, wissen erst gar nicht Bescheid, welche Erleichterungen die Rot-Weiß-Rot-Karte diesbezüglich bringt. Immer wieder bewirbt sich der Mexikaner, belegt praxisnahe Kurse am WIFI, um attraktiver für Unternehmen zu sein. Kostenrechnungskurse, die auf Deutsch stattfinden, sind kein leichtes Unterfangen für jemanden, der gerade erst Deutsch lernt. Verdin gerät an seine Grenzen, absolviert die Kurse dennoch erfolgreich. Einen Job bekommt er trotzdem nicht.

Verdin wird Stammkunde im Berufsplanungszentrum der WU und nimmt an Workshops für erfolgreiche Motivationsschreiben teil. „Ich war in 18 Monaten sicher 20-mal dort. So oft, dass ich schon ein Freund von einigen Beratern geworden bin“, erzählt Verdin. Wäre er zu Beginn nicht so ein Romantiker gewesen, hätte er seine Freundin einfach geheiratet. Aber der Student wollte, dass alles seine Ordnung hat: abgeschlossenes Studium, guter Job, genug Geld und dann die Traumhochzeit. Die Rechnung ging nicht auf. „Ich war naiv“, resümiert Verdin rückblickend.

Weil Verdin keine Arbeit findet und nicht so viel zum Haushalt beitragen kann, kommt es zu Spannungen mit der Freundin. Nach

einiger Zeit steht der Mexikaner ohne Freundin, ohne Job, aber mit der Verpflichtung da, die Miete nun allein aufbringen zu müssen. Das Glück von Verdin ist, dass er nie aufgehört hat, für seinen Arbeitgeber in Mexiko zu arbeiten. Er erhält regelmäßig Aufträge und kann so sein Studium finanzieren, seine laufenden Kosten plus den Unterhaltsnachweis für die jährliche Visumsverlängerung garantieren. „Aber es war die Hölle“, sagt Verdin. Der Student bekommt depressive Verstimmungen, fühlte sich minderwertig, weil er ständig zu Hause hockt. Schließlich ist der MBA kein Vollzeitstudium. Verdin hat viel Zeit, die er nicht mit „Biertrinken“ verschwenden will. Einige Monate vor seinem Studienabschluss eröffnet sich die Chance auf einen interessanten Teilzeitjob, bei dem er erstmals praktische Berufserfahrung sammeln kann. Der Personalabteilung der Firma ist bewusst, dass sich Verdin nach dem Studienabschluss sofort auf die Suche nach einem Vollzeitjob mit „Mindestgehalt“ umsehen muss. Man will keine Ressourcen in einen Mitarbeiter stecken, der in Kürze wieder weg ist. Verdin macht dem Unternehmen ein unglaubliches Angebot. Er bietet sich der Firma als Billigarbeiter an: Für einen Spottpreis von nicht einmal 100 Euro im Monat will er arbeiten. Er bekommt die Stelle, bleibt fünf Monate dort und hat nun endlich eine Referenz in Österreich vorzuweisen. „Das hat geholfen“, erzählt Verdin. Danach wird er zumindest öfter zu Vorstellungsgesprächen eingeladen.

Das Ende des Studiums hat es noch einmal in sich. Verdin hat nicht genug Geld, um die ausstehenden Studiengebühren zu bezahlen, muss aber bei seinen Bewerbungen den Nachweis über ein abgeschlossenes Studium vorlegen. Also schreibt Verdin seinen Studienkollegen von seiner Notlage und bittet sie, ihm Geld zu leihen. Tatsächlich reagieren diese innerhalb von ein paar Tagen. Zurzeit wartet Verdin auf die Rot-Weiß-Rot-Karte – er hat vor Kurzem eine Jobzusage bekommen.

Diplom ist „ungültig“

Besonders bitter hat es Sujana Dhamala getroffen. Die missliche Lage des jungen Mannes aus Nepal ist so etwas wie ein Spezialfall. Vor zehn Jahren kommt Dhamala nach Österreich und schließt zwei Studien mit magna cum laude ab. Das Problem: Dhamala hat einen Bachelorabschluss in Internationale Betriebswirtschaft an der umstrittenen „The International University Vi-



Auch für Alisa und Alejandro gilt: Für die 2011 eingeführte Rot-Weiß-Rot-Karte wird nach dem Studium ein Einstiegsgehalt von 1.997 Euro brutto verlangt. Sonst gibt es keinen Aufenthalt.



enna“ erworben und einen Masterabschluss an der serbischen „The Megatrend University Vienna“. Beide Unis haben mittlerweile Konkurs angemeldet. Als Dhamala studiert, sind sie zwar in Wien ansässig, sein Bachelorstudium wird aber nicht anerkannt, weil die „The International University Vienna“ zu diesem Zeitpunkt nicht mehr von Öster-

Nationale Ausschlüsse abfedern: Brüssel arbeitet an Erleichterung für Drittland-Studierende ab 2016.

reich anerkannt wird. Nun hat Dhamala einen anerkannten Master, aber keinen anerkannten Bachelor. Damit, wird ihm erklärt, gibt es auch keine Rot-Weiß-Rot-Karte. Zwei Jobzusagen und ein Verdienst von mehr als 2.000 Euro brutto sind damit unerheblich, wie ihm die Behörden erklären, denn Dhamala habe doch nie die Berechtigung für ein Masterstudium erworben. „Alles, was ich in Österreich gemacht habe, wird nicht anerkannt“, sagt Dhamala. Nach jahrelangem Studium steht er vor dem Nichts. Ende dieses Jahres läuft sein Visum aus. Ein weiteres Studium zu beginnen und sich und seine Frau wieder mit Geringfügigkeitsjobs über Wasser zu halten – das will Dhamala nicht mehr. In Wahrheit sind seine Alternativen überschaubar. Die Rückkehr nach Nepal ist eine davon.

Reformbedarf für Rot-Weiß-Rot

Einer Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte steht das Staatssekretariat für Integration nach anfänglicher Skepsis mittlerweile sehr positiv gegenüber. „Wir wollen, dass die Einkommensgrenze gesenkt wird und auch der Bachelorabschluss anerkannt wird“, heißt es im Staatssekretariat. Derzeit sind BachelorabsolventInnen vom Erhalt einer Rot-Weiß-Rot-Karte für StudienabsolventInnen ausgeschlossen.

Keinen Reformbedarf sieht man hingegen im Arbeits- und Sozialministerium. Die Rot-Weiß-Rot-Karte sei, so wird betont, „in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern“ ausgearbeitet worden und soll so bleiben, wie sie ist. Zum Vorschlag der Einbeziehung des Bachelors gibt es ein klares Urteil im BMASK: „Der Bachelor wird von der Wirtschaft nicht nachgefragt“, ergo auch nicht einbezogen. Auf höherer Ebene gibt es allerdings mehr Bewegung. Die Europäische Kommission arbeitet derzeit an einer Richtlinie, die ab 2016 in Kraft treten und StudienabsolventInnen aus Drittländern den Zugang zu Hochschulen und Arbeitsmärkten in der EU erleichtern soll. Darunter würde auch das Recht fallen, 20 Wochenstunden zu arbeiten, bzw. die Möglichkeit, nach Studienabschluss zwölf Monate (statt sechs) im Land zu bleiben. Eine Richtlinie, die man im BMASK überraschenderweise durchaus „begrüßen“ würde.

SYMBOLISCHE POLITIK

Der Stimmungsmacher

Seit zwei Jahren ist Sebastian Kurz als Staatssekretär für Integration zuständig. Eine Bilanz.

TEXT: GUNNAR LANDSGESELL

Sebastian Kurz ist gut unterwegs. Die Anfangszeit hat der Staatssekretär intensiv genutzt, um sich bei MigrantInnenvereinen präsent zu machen, um Projekte und Kooperationen oder das Du-Wort anzubieten. Nach zwei Jahren Amtszeit ist die anfängliche Kritik weitgehend verstummt, die Skepsis über fehlende fachliche Kompetenz vergessen. Der mittlerweile 26-Jährige ist wie kein anderer Polit-Protagonist seiner Zeit zum Medienliebling avanciert. Er stemmt gerne die Hände in die Hüften, drückt das Sakko leger auf die Seite, um die unbelastete Haltung eines Jungpolitikers mit Macher-Image zu signalisieren. Wirkliche Peinlichkeiten sind ihm bislang noch nicht passiert. Im Gegenteil: Beim jüngsten Demokratie-Volksbegehren wurde Kurz nicht müde darauf hinzuweisen, dass er schon mit der Jungen VP die Kernpunkte des Pakets ausgearbeitet habe. Hier spricht Sebastian Kurz, der Vorreiter, der Mann mit dem Durchblick – ein PR-Profi in eigener Mission. Als nach spärlicher Stimmabgabe das Volksbegehren zu den erfolglosesten der Geschichte Österreichs gezählt werden musste, bedeutete das für Kurz keinen Schaden. Somit kann er – als Regierungsmitglied – auch weiterhin vehement mehr Demokratie für Österreich fordern. Zeitweise scheint

es so, als würde die ÖVP von ihrem Jungstar mehr profitieren als die Integrationspolitik, um die es in seinem politischen Verantwortungsbereich doch gehen soll. Auch oder gerade weil er seine Partei in die Pflicht nimmt.

Dass sich das vor allem auf symbolischer Ebene abspielt, zeigt sich am Ressort des Integrationsstaatssekretärs selbst. Dessen Installation folgt keinem echten Commitment und lastet letztlich als ungelöstes Struktur-

„Durch das Leistungscredo wird der Nutzbarkeitsdiskurs von MigrantInnen weiter vorangetrieben.“

problem auf den Schultern der Betroffenen. Im „Polizeiministerium“, wie die Grüne Abgeordnete Alev Korun es forsch formuliert, wirkt der Staatssekretär mehr wie der Stimmungsmacher im Vorfeld für die tatsächlich mit Kompetenzen ausgestattete Innenministerin. Wurde die Einführung des Amtes lange Jahre zur Stärkung der Rechte von MigrantInnen und zum Schutz vor Diskriminierung gefordert, versorgt Kurz sein Publikum mit ganz anders klingenden Programmen. „Integration durch Leistung“

stellt sich als gleichsam janusköpfiger Quotenbringer dar. Einerseits werde dadurch den Kulturalisierern und Ethnisierern sozialer Probleme der Wind aus den Segeln genommen, argumentieren die VerteidigerInnen. Andererseits werde aber genau auf diese Weise der Nutzbarkeitsdiskurs von MigrantInnen weiter vorangetrieben, entgegen KritikerInnen wie Korun. Denn der ökonomische Nutzen habe mit der Menschenwürde noch nicht unmittelbar etwas zu tun. Korun: „Der Leistungsgedanke ist nichts anderes als ein Kontinuum zur Gastarbeiterpolitik von früher.“ Zu guten Zuwanderern werden damit all jene erkoren, die fleißig und brav etwas für die Gesellschaft leisten. Die Rhetorik erinnert, Zufall oder nicht, an die FPÖ-Rhetorik der Fleißigen und Braven der Gesellschaft – und eben die Anderen, die nach wie vor als Gegen- und Feindbilder herhalten müssen.

Leistung gegen Diskriminierung?

Dass Kurz zu einer Versachlichung eines scheinbar unpopulären Themas beigetragen hat, attestiert ihm Klaus Schwertner, Geschäftsführer der Caritas Wien. „Aus unserer Sicht gilt es, diesen Weg fortzusetzen: Vielfalt als Chance zu sehen. Gelingen ist Kurz auch, dass es endlich um Inhalte in



Sebastian Kurz: Atmosphärisch ein Gewinn, inhaltlich unter Erwartung: Klaus Schwertner (Caritas): Hätten uns beim Staatsbürgerschaftsgesetz mehr erhofft.

dieser sensiblen Frage geht und nicht mehr nur um Vorurteile.“ Dass Integration über Positivbeispiele funktionieren kann, davon ist Schwertner überzeugt. Das Caritas-Projekt der Lerncafés, die es mittlerweile in ganz Österreich gibt, hat der Staatssekretär mit 200.000 Euro unterstützt – und damit ein Projekt möglich gemacht, für das die Caritas bis dahin keine öffentliche Unterstützung finden konnte. Schwertner betont aber auch den feinen Unterschied: Im Lerncafé der Caritas bekommen alle Kinder, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund, kostenlose Nachhilfe. Der Bedarf an Förde-

rung hat eben nicht unbedingt mit der Herkunft zu tun. Genau an diesem Punkt setzt die Hauptkritik an der Ausrichtung der Integrationspolitik an: Immer noch liege der Fokus zu sehr darauf, Defizite zu isolieren und Menschen danach wie in einer Einbahnstraße über deren Leistungsnachweis zu „integrieren“. Schwertner sieht das anders: „Es ist wichtig, dass alle einen Schritt aufeinander zugehen, nur so kann Integration gelingen.“

Im Fall des vom Staatssekretär geforderten zweiten verpflichtenden Vorschuljahres für Kinder mit einer anderen Muttersprache als

Deutsch holte sich Kurz eine Absage. Auch wenn Bildungsministerin Claudia Schmied am Ende von einem Kompromiss sprach, versagte sie sich weitgehend der Idee von „Ghettoklassen“ – und schob die Verantwortung für die Entscheidung über die Schulreife der Kinder den Schulen selbst zu. Kurz formulierte das Ergebnis, wie es wohl nur dem Lenker eines Hummer (Wiener-Wahlkampf-SUV) naheliegt: „Wir sind nicht mit dem Rennwagen unterwegs, aber auch nicht mehr mit dem Fahrrad.“

Der Caritas-Wien-Chef Schwertner hält den Leistungsansatz deutlich für verkürzt: „Es geht um Chancen, die alle Menschen haben sollten, das ist es, worum man sich kümmern muss. Menschen mit Migrationshintergrund beginnen den Wettlauf oft 50 Meter hinter der Startlinie, weil sie nicht gleiche Chancen haben. Hier gilt es zu handeln.“ Erst kürzlich wurde in einer Studie erhoben, dass TürkInnen nur 55 Prozent der Kaufkraft durchschnittlicher ÖsterreicherInnen erreichen. Liegt das wirklich an deren mangelnder Leistungsbereitschaft?

Ganz ähnlich sieht das Clara Akinyosoye, Chefredakteurin von M-Media und Autorin dieses Magazins. Sie erinnert sich, einmal vorgeschlagen zu haben, besser von Chancengleichheit als von Integration durch Leistung zu sprechen. Akinyosoye: „Da würde man meinen, ein Politiker findet so einen Vorschlag gut. Stattdessen rief Kurz mich an und meinte, ich spiele Strache in die Hände. Ich bringe den Migranten keinen Gewinn.“ Auch beim Thema des Rassismus waren die Redakteurin und der Staatssekretär nicht einer Meinung. Akinyosoye ist davon überzeugt, dass man keine Debatte über Integration führen kann, wenn man Rassismus nicht berücksichtigt. Oder zumindest dann nicht, wenn man auf Augenhöhe und auf Basis von Chancengleichheit diskutieren wolle.

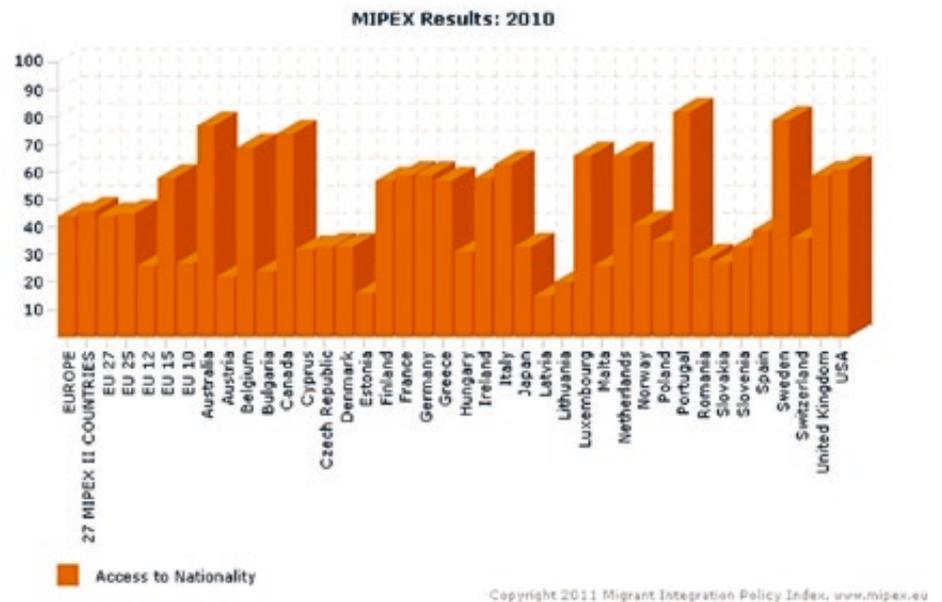
Auch in dieser Hinsicht fühlte sich Akinyosoye nicht verstanden. „Das ist ein echtes Problem“, glaubt die Journalistin, „denn Kurz macht den MigrantInnen Hoffnung. Viele hatten bislang das Gefühl, egal was sie tun, sie können ohnehin nicht gleichwertig akzeptierte Österreicher werden. Und jetzt kommt jemand und sagt ihnen: Doch, durch Leistung! Einige Menschen glauben das und denken sich, Super! Aber Diskriminierung wird leider auch durch Leistung nicht aufgehoben, dafür gibt es genügend Beispiele.“

Kurz & Kritik

Auch wenn er öffentlich gelassen auftritt, hat sich Kurz inzwischen den Ruf erworben, dass er sich mit Kritik schwer tut. Akinyosoye weiß zu berichten, dass nach Interviews, die sie gegeben hat, schon mal das Telefon klingeln konnte, mit Kurz am Apparat. „Meistens ging es dann darum, dass er meine Kritik nicht nachvollziehen kann.“ Es folgte aber auch der Nachsatz: „Du weißt doch ganz genau, dass ich der einzige im Innenministerium bin, der auf eurer Seite ist.“ Allerdings: Akinyosoye räumt auch ein, dass sich die öffentliche Kommunikation und Berichterstattung über Integration mittlerweile positiv verändert hat.

Die „Integrationsbotschafter“

Mit vielen Vereinen läuft die Kooperation, so vernimmt man, gut. Zwar sind das Vereine mit Migrationsbezug, die schon seit Jahren und Jahrzehnten tätig sind, Kurz bringt sie nun aber durch seine Person in die Öffentlichkeit. Er greift Themen auf und präsentiert sie, sodass der Eindruck entsteht, er selbst habe diese entwickelt. Die Integrationsbotschafter zum Beispiel. Kurz schickt Promis aus den Bereichen Wirtschaft oder Kultur in die Schulen, um bei den Jugendlichen Vorurteile abzubauen und Motivation für mehr Leistung zu fördern. Eine Idee, die das Projekt X-Change schon vor Jahren hatte und seit damals betreibt. Ein Aktivist, der namentlich nicht genannt werden möchte, formuliert es so: „Kurz setzt sich eigentlich ganz geschickt auf Projekte „drauf“ und verkauft sie dann als seine.“ Auch zwei Freunde, in diesem Fall zwei Migranten, seien gefragt worden. „Beide sagten ab, sie hatten keine Lust, sich vor den Karren von Kurz spannen zu lassen bzw. diesen in der Schule zu promoten“, so der Aktivist. Bei einem anderen Projekt besuchen MigrantInnen andere MigrantInnen zu Hause, um ihnen dabei zu assistieren, sich besser zu integrieren. Auch das sei so eine Unternehmung, die es bereits gab, nun allerdings mit dem finanziellen Zuspruch des Staatssekretariats. Der Aktivist kritisiert allerdings auch hier nicht die finanzielle Unterstützung, sondern die politische Vereinnahmung. Dass viele Vereine positiv ansprechen, wundert ihn hingegen nicht: „Wenn Menschen, die gesellschaftlich kaum eine Rolle spielen, einmal Aufmerksamkeit oder auch nur ein bisschen Geld bekommen,



Grafik des Migrations- und Integrationsindex (MIPEX): Nur die baltischen Staaten haben in der EU noch restriktivere Einbürgerungsgesetze als Österreich. Österreich erhält 22 von 100 möglichen Punkten, der EU-Durchschnitt liegt doppelt so hoch.

ist die Dankbarkeit eben groß.“ Und Kurz würde ja durchwegs positiv auf die Leute zugehen. Er erkläre den Leuten, wie bunt Österreich sei und mache gute Stimmung, statt ihnen normativ zu begegnen. Dass das Wording stimmt, dafür sorgt der Beraterstab. Der ehemalige Geschäftsführer des Integrationsfonds, Alexander Janda, dürfte dabei gute Dienste geleistet haben.

Im Fall von Asyl und Flüchtlingspolitik heißt es: Nicht zuständig.

Wertefibel statt Staatsbürgerschaft

Was lässt sich aber nach zwei Jahren an konkreten Ergebnissen benennen, die über eine mögliche Verbesserung der Stimmung hinausführen? Die Novelle zum Staatsbürgerschaftsgesetz scheint es jedenfalls nicht zu sein. Selbst Pragmatiker wie der Caritas-Chef zeigen sich hier „enttäuscht“ und hätten angesichts eines der restriktivsten Staatsbürgerschaftsgesetze der Welt einen „größeren Wurf“ erwartet. Anstatt die Fristen international anzupassen und zu verkürzen, wurde auch hier noch der Leistungsgedanke eingepflanzt. Wer sich jahrelang sozial und unentgeltlich engagiert, erhält die Staatsbürgerschaft früher. Wer nicht genügend verdient, erhält sie unter Umständen gar nicht. Der deutsche Migrationsexperte Mark Terkessidis bezeichnete es schlicht als „pervers“, demokratische Rechte an das Einkommen zu kop-

eln. Sanierungsbedürftig wäre das Gesetz aber schon im Fall der Geburt: Zehntausend Babys würden jährlich per Gesetz „zu Ausländern gemacht“, kritisiert die Grüne Korun und fordert einmal mehr, das Integrations-thema ernsthaft anzugehen. Da nützt es auch nichts, dass Kurz die Kritik neuerdings damit pariert, dass doch viele Zuwanderer die österreichische Staatsbürgerschaft gar nicht wollen – geht es doch um jene, die sie eben wollen, aber aufgrund von hohen Einkommenshürden und anderen Schranken nicht erhalten, wie verschiedene Sozialwissenschaftler kritisieren. Indes hat Kurz eine Wertefibel zur Vorbereitung der MigrantInnen für den Staatsbürgerschaftstest ausarbeiten lassen, deren genauer Wert sich auch nach einigen Medieninterviews mit deren Urhebern nicht zu erschließen vermag. Weder der Rechtsphilosoph Christian Stadler noch Beiratsvorsitzender Heinz Fassmann konnten bislang Licht in die Sache bringen, was Zuwanderer an Werten zu lernen hätten, die über jene der österreichischen Gesetze hinausgehen. Von einem „Geist“ ist da nebulos die Rede, oder von einem „Grundwertesockel“. Es scheint, als wäre es einfacher gewesen, das Staatsbürgerschaftsgesetz zu sanieren. Womit man aber beim nächsten Problem ist: das Integrationsressort aus dem BMI zu lösen und zu einem vollwertigen Ministerium zu machen. Dann könnte über Fragen wie diese auch verantwortlich entschieden werden. Und in jenen von Asyl und Flüchtlingspolitik würde es nicht mehr heißen: Nicht zuständig.



**„DER STANDARD
hat immer was dagegen.
Aber deshalb
abonnieren ich ihn ja.“**

Dr. Bettina Gneisz-Al-Ani, stv. Geschäftsführerin der
FHWien der WKW und Abonnentin seit 2010



Er nimmt nichts einfach so hin. Er beleuchtet immer auch die Antithese. Viele meinen daher, diese Zeitung sei skeptischer als andere. Wie sich DER STANDARD so etwas erlauben kann? Dank jener Menschen, die ihn aus genau diesem Grund abonnieren.



MEDIENBILDER

Die imaginierte „Bettlerflut“

Belege für eine Mafia, die BettlerInnen ausbeuten würde, gibt es bis heute nicht. Vielmehr haben die BuchautorInnen Barbara Tiefenbacher und Stefan Benedik Roma und Romnija getroffen, die mit ihren Betteleinnahmen die Bildung ihrer Kinder finanzieren. Ein Gespräch über gekürzte Sozialhilfe, Profite österreichischer Firmen in Osteuropa und die Schaffung einer Feindbild-Metapher.

INTERVIEW: ULRIKE GLADIK, PETER A. KROBATH

Euer Buch heißt „Die imaginierte ‚Bettlerflut‘“. Woher kommt dieses Bild einer Naturkatastrophe im Zusammenhang mit Menschen?

Stefan Benedik: Dass man Migration in Bildern von Naturkatastrophen wahrnimmt, hat es schon Anfang des 20. Jahrhunderts in den USA gegeben, als sich die USA als eine Insel darstellten, die von einer überwältigenden Masse an Migranten und Migrantinnen überschwemmt wird. In Graz hat sich die Metapher der Flut auf die Bettelnden fokussiert. Bei einer Flut muss man nicht darüber reden, ob sie gut oder schlecht ist, sie ist ganz klar eine Katastrophe. Und es gibt sofort eine Menge sprachlicher Anknüpfungen wie „eindämmen“ und „verhindern“. In Wirklichkeit hat es in Graz nie eine Menge an Bettelnden gegeben, und die Bettelnden haben auch keine sozialen Probleme verursacht in dem Sinne, dass das Einkommen eingeschränkt worden oder es zu Streitereien unter den Bettelnden gekommen wäre.

Werden diese Bilder von den Medien geprägt, oder übernehmen diese nur die Sicht ihrer KonsumentInnen?

Benedik: Im Grazer Fall wurde das Bild der „Bettlerflut“ zuerst politisch von einer lokalen Bezirksorganisation der FPÖ aufgebracht und ist dann über die „Kronen Zeitung“ zur Politik zurückgelangt, bis hin zu Bürgermeister Siegfried Nagl. Es gibt von 1996 bis 2012 so etwas wie eine Radikalisierung, die Metapher wird über die Jahre salonfähig und schließlich sogar von einer bettlerfreundlichen Organisation verwendet, einer katholischen NGO. Wenn diese Bilder ständig wiederholt und auch nicht hinterfragt werden, setzen sie sich auch durch.

Was war nun der Fokus eurer Untersuchungen?

Barbara Tiefenbacher: Während sich Stefan den Grazer Mediendiskurs der vergangenen 20 Jahre angeschaut hat, ist es mir darum gegangen, die soziale Realität der Bettler und Bettlerinnen anzuschauen. Wir haben sie in der Steiermark und teilweise auch in ihren Herkunftsregionen interviewt, das war noch vor der Einführung des Bettelverbots im Mai 2011. Wobei die meisten aus der Südslowakei stammten, aus dem slowakisch-ungarischsprachigen Bezirk Rimavská Sobota/Rimaszombat.

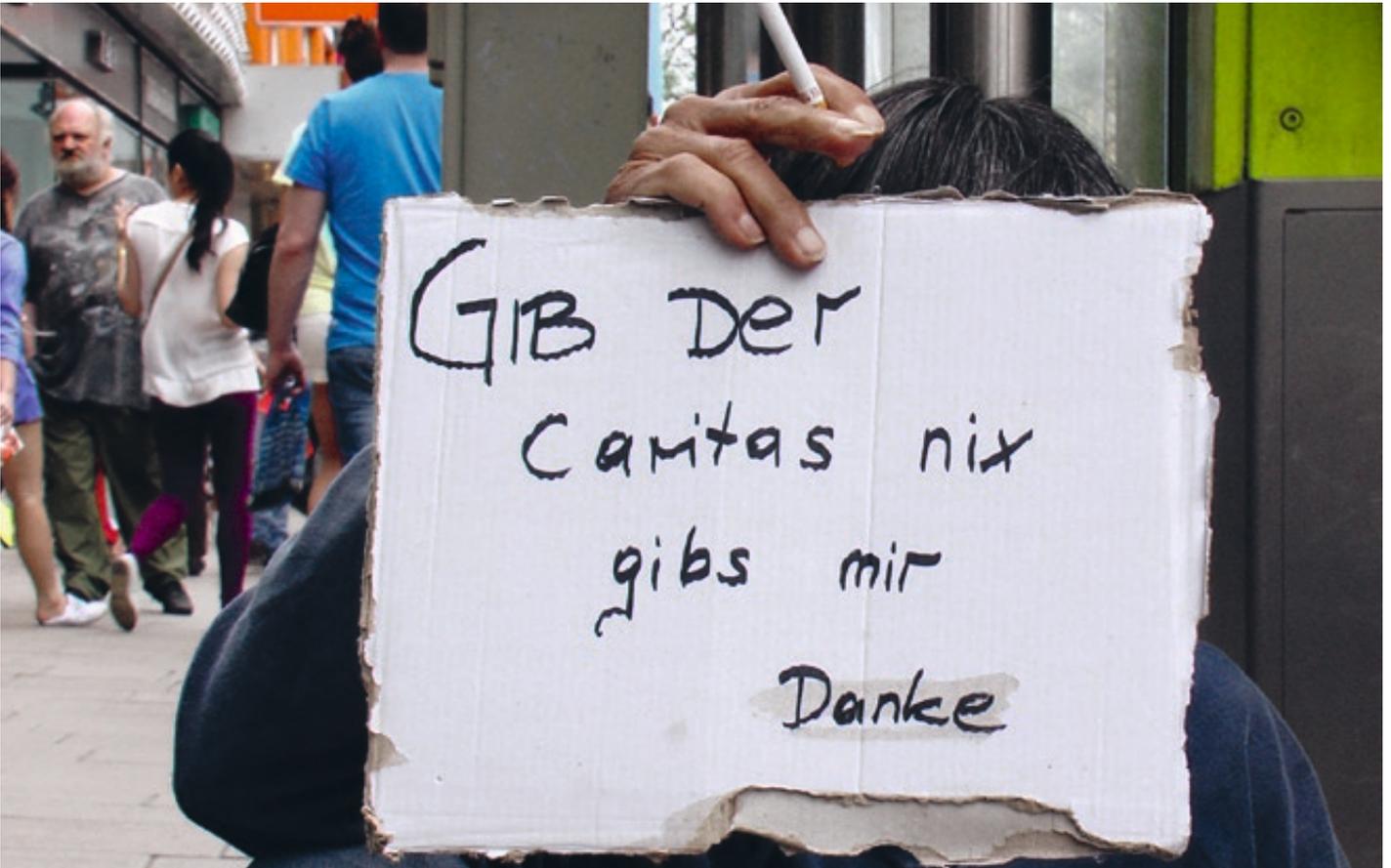
Sind das vor allem Roma und Romnija?

Tiefenbacher: Interessant ist, dass sie in der Steiermark und auch in der Herkunftsregion als Roma und Romnija wahrgenommen werden, sie selbst sich aber der ungarischen Community näher fühlen. Ihre Erstsprache ist Ungarisch, in der Schule lernen sie auch Slowakisch. Da sie als Roma und Romnija wahrgenommen werden, die in der Slowakei vielfachen Diskriminierungen ausgesetzt sind, haben sie einen schlechteren Zugang zum Bildungssystem und zum Arbeitsmarkt. In Rimavská Sobota florierte während des Kommunismus die Lebensmittelproduktion, es gab eine große Zuckerfabrik, eine große Fleischverarbeitungsfabrik, eine Bierbrauerei, Tabakanbau. Nach der Wende sind dort sehr viele Arbeitsplätze verloren gegangen. Heute liegt die Arbeitslosigkeit bei 35 Prozent, davon sind alle Volksgruppen betroffen. Die Leute sind von Sozialleistungen abhängig, die aber in den letzten Jahren drastisch gekürzt wurden.

In Österreich hört man oft das Argument: Wir können nicht die sozialen Probleme anderer Länder lösen. Inwieweit sind wir wirtschaftlich an der Entwicklung in die-



Von der Zuckerfabrik, die die Agrana in der Südslowakei aufgekauft hat, steht nur noch der Schlot. Benedik: „Sie kaufen was auf, nutzen es für einige Jahre aus (...) und lassen es dann komplett auf, ohne die Struktur vor Ort irgendwie zu berücksichtigen.“



GIB DER
Caritas nix
gibs mir
Danke



Aktivistinnen gegen Bettelverbote bei einer Aktion auf der Wiener Mariahilfer Straße am 27. April 2013



sen Regionen mitbeteiligt?

Tiefenbacher: In Rimavská Sobota hat beispielsweise die Agrana, die u. a. der Raiffeisen gehört, die lokale Zuckerfabrik aufgekauft, wo die Leute aus der Umgebung Zuckerrüben angeliefert und in der Fabrik gearbeitet haben. Heute steht nur noch ein Fabrikschlot.

Benedik: Es ist nach 1989 in den ehemaligen Ostblockländern eine rabiata neoliberale Politik implementiert worden, von der viele österreichische Firmen profitieren. Sie kaufen Unternehmen auf, nutzen sie für einige Jahre aus, quasi auch als Billiglohngebiet innerhalb Europas, und lassen sie dann komplett auf, ohne die Struktur vor Ort irgendwie zu berücksichtigen. Diese Zusammenhänge mit der Bettelmigration bleiben bei uns völlig unreflektiert.

Wenn ihr von Migration redet, was ist damit im Fall der Bettelnden konkret gemeint?

Tiefenbacher: Die meisten haben nicht vor, permanent ihren Lebensmittelpunkt nach Österreich zu verlegen. Die Personen aus der Slowakei kommen für zwei, drei Wochen, um durch Betteln, Straßenzeitungsverkauf oder Gelegenheitsjobs etwas zu verdienen. Die Leute aus Rumänien und Bulgarien bleiben meist einige Monate. Die Betteleinnahmen belaufen sich auf 5 bis 30 Euro pro Tag. Danach fahren sie zurück in ihre Herkunftsregionen, wo sie das Geld für die Lebenshaltungskosten der Familie, für vom Staat nicht bezahlte Medikamente oder für die Ausbildung der Kinder verwenden. Ich hab z. B. in der Slowakei eine Pädagogin kennengelernt, deren Ausbildung ihr Vater durch Bettelmigration in die Steiermark finanziert hat.

Und wie kommen sie zu uns? Oft ist davon die Rede, dass sie das nicht freiwillig tun, sondern in Bussen „angekarrt“ würden ...

Tiefenbacher: Die Menschen organisieren

sich selbst in Fahrgemeinschaften. Man spricht sich in kleineren Gruppen ab, unter Verwandten oder NachbarInnen, um die Kosten fürs Benzin zu teilen. Dazu muss man sagen, dass die Bettlerinnen und Bettler sehr wohl über diese stereotypen Wahrnehmungen von Mafia und Hintermännern informiert sind, sie leben nicht in einer Blase. Ein meiner Interviewpartner meinte einmal: Vielleicht hat uns wer dabei gesehen, wie wir das Geld bei der Tankstelle zusammengelegt haben, und vielleicht glauben sie deshalb, dass uns da wer ausbeutet.

Benedik: Rassistische Stereotype sind enorm zählebig. Auch wenn der Grazer Polizeipräsident im Zuge der Debatte um das Bettelverbot 2011 öffentlich und in Zeitungsinterviews betont, es gibt nach jahrelangen Untersuchungen keine Hinweise auf eine Bettelmafia, ändert das nichts daran, dass die gesetzgebenden Parteien dann in ihrem Gesetzesantrag ausbeuterische Strukturen als wesentlichen Grund für das Bettelverbot hineinschreiben. Es ist leider so, dass hier Information und Aufklärung an den Stereotypen und der Kriminalisierung gar nichts ändern.

Warum führen wir dann dieses Gespräch, wenn es so hoffnungslos ist?

Benedik: Nein, hoffnungslos ist es nicht. Graz ist ja auch deswegen ein interessantes Beispiel, weil hier einige hundert Menschen auf die Straße gegangen sind, um für das Recht auf Betteln und gegen ein Bettelverbot zu demonstrieren. Das ist in Europa einzigartig. Und auch wenn so eine Lobbyarbeit für die Bettelnden die Stereotypen nicht aus der Welt schaffen kann, so kann sie doch auch andere Bilder und Informationen über die Lebensrealität der Bettelnden in die Welt setzen, und so ist es z. B. in Graz mittlerweile politisch unmöglich, die 80 bis 100 Bettelnden, die es hier gibt, wirklich zu vertreiben.

Es gab eine Studie vom European Roma Rights Center, die immer wieder zitiert wird, in der von Kindern die Rede ist, die zum Betteln gezwungen würden.

Tiefenbacher: Es gibt generell wenig Wissen zu diesem Thema. Personen, die in Europa im wissenschaftlichen Kontext arbeiten, haben keinerlei Hinweise auf Ausbeutung oder hierarchische Strukturen unter Bettelnden entdeckt. Fragwürdig bei dem von dir angesprochenen Bericht ist, dass hier als Beleg die British Yellow Press herangezogen wurde, also unseriöse Boulevardmedien.

Benedik: Dazu muss man wissen, dass die Idee des Menschenhandels heute vermehrt dafür instrumentalisiert wird, migrationsfeindliche Maßnahmen durchzusetzen.

Warum braucht man das negative Bild von BettlerInnen? Welche Funktion hat das?

Benedik: Es gibt ein Erklärungsmodell aus der Ethno-Psychoanalyse, dass das Schlechte im Eigenen auf das Fremde projiziert wird. Und wir leben in einer Gesellschaft, in der Ausbeutung drastisch zunimmt und immer mehr Leute in prekären Arbeitsverhältnissen leben. Und da wird dann plötzlich die Wahrnehmung der Ausbeutung projiziert auf eine Gruppe von außen. Das ist jetzt stark vereinfacht, aber es gibt diese Projektionen. Und es gibt einen Rassismus, der über eine Reaktion auf das Angebetteltwerden auf der Straße weit hinaus geht.

Barbara Tiefenbacher (Universität Wien) ist Slawistin und Romistin, Stefan Benedik (Universität Graz) ist Historiker und Kulturwissenschaftler.



Stefan Benedik, Barbara Tiefenbacher und Heidrun Zettelbauer

Die imaginierte „Bettlerflut“

Konstruktion, Organisation und Positionierungen in temporären Migrationen von Roma und Romnija
Drava Verlag, 96 Seiten



„Kunst ist nie neutral. Was ich sage, ist das, was die weiße Mehrheit nicht erwartet.“

INTERVENTIONEN

Servitenkloster, was dann?

Die Aktivistin und Künstlerin Marissa Lôbo hat die Flüchtlingsproteste von Anfang an begleitet. Ein Gespräch über die ungewisse Zukunft der Refugees, den Moralismus von FEMEN und Selbst-Exotisierung als politische Strategie.

INTERVIEW GUNNAR LANDSGESELL
FOTOS: KARIN WASNER

Marissa Lôbo kommt mit beschrifteten Händen zum Interview. Auf einer Hand ist zu lesen: „We demand our rights.“ Das sieht nach Henna-Bemalung aus. Haben Sie das mit den Flüchtlingen gestaltet?

Ich überlege mit Freunden gerade, ob wir eine künstlerische Aktion starten, um durch eine Art Selbstexotisierung politische Statements zu setzen. Europäer haben oft einen kolonia-

len Blick auf nichtweiße Menschen, sie sind dann irritiert, wenn man ihnen diesen Blick zurückwirft, indem man scheinbar Bildern entspricht, die sie im Kopf haben. Das ist natürlich auch ironisch gemeint. Wenn jemand in der Straßenbahn steht und dann auf meine bemalte Hand schaut, bemerkt er, dass das nicht nur dekorativ ist, sondern auch eine Botschaft, eine Forderung.

Verstehen die Leute außerhalb künstlerischer Räume solche Zugänge, oder führt das auch zu Missverständnissen?

Ich denke, es wird verstanden, wenn ein „schönes und exotisches“ Muster zu einem politischen Statement wird. Ich selbst verstehe Kunst als politisches Handeln, Kunst ist nie neutral. Meine Arbeiten als Künstlerin bewegen sich zwischen Realität und Fiktion

ZUR PERSON

Marissa Lôbo

Marissa Lôbo, 1975 in Brasilien geboren, ist Koordinatorin der Kulturabteilung des Vereins MAIZ, einer Selbstorganisation von MigrantInnen, wo sie Projekte zwischen kultureller und politischer Bildung realisiert. Sie ist Künstlerin und Aktivistin in der Schwarzen- und MigrantInnenbewegung. Seit 2008 studiert Lôbo an der Akademie der bildenden Künste in Wien in der Klasse postkonzeptuelle Kunst.



Der Wunsch, eine Bewegung zu starten, kam von den Flüchtlingen selbst. Ich habe mich damit sofort identifiziert.

und möchten hegemoniale Diskurse durchkreuzen, auch die des Kunstfelds selber. Und es geht mir darum, Brüche herzustellen. Zurück zu den Bemalungen: Im Fall der beschrifteten, bemalten Hände, deren Bedeutung sich nicht erschließt, ist mein Körper – hier ganz zufällig – das Medium. Mir geht es nicht um ornamentale oder dekorative Kunst – es gibt immer einen Bruch zwischen meiner Ästhetik, also dem Bild meines Körpers, und dem, was ich sage. Was ich sage, ist das, was die weiße Mehrheit nicht erwartet. Ich selbst werde aber nicht zum Objekt, ich bleibe handelndes Subjekt und versuche mit meiner oft performativen Arbeit Kolonialitäten sichtbar zu machen und andere Genealogien herzustellen.

Kürzlich rief die feministische Künstlerinnengruppe FEMEN aus der Ukraine zum „Topless Jihad Day“ auf. Sie protestierten gegen „Islamismus“ und die „Unterdrückung muslimischer Frauen“. M-Media führte daraufhin ein Interview mit einer Aktivistin von MuslimaPride, die die negativen Bilder von Musliminnen in dieser Befreiungsaktion bestätigt sieht. Auch hier scheint ein kolonialer Gestus eng mit Fragen von Körper und Autonomie verbunden.

MuslimaPride formulieren ganz deutlich ihre Kritik an den weißen Feministinnen. Dass Musliminnen nicht frei wären, ist ja eine entmächtigende Behauptung, mit der diese oft konfrontiert werden. In diesem Fall wiederholen das auch weiße Feministinnen.

nen. Das ist eine klischeehafte Übertreibung, eigentlich eine sexistische und rassistische Haltung, paternalistisch sowieso. Meine Position ist hier sehr klar: Ich vertrete als schwarze Feministin nicht diese westlichen Perspektiven. Viele Frauen „of Colour“ sind aus solchen Diskursen ausgeschlossen, ihnen wird eine Objektposition zugeteilt, indem über sie geurteilt wird und sie „befreit“ werden sollen.

„Es war bezeichnend, dass Journalistenfragen vor allem an den einzigen Mehrheitsösterreicher gerichtet wurden.“

Liegt in diesen nackten Körpern auch eine Bevormundung gegenüber anderen politischen Zugängen?

Ich sehe einen Widerspruch bei FEMEN selbst: Sie laufen schon Gefahr, selbst zu einem Projekt des Voyeurismus zu werden und ihre eigenen Forderungen auszuhöhlen. Ich bin nicht gegen diese Nacktheit, aber das allein kann es nicht sein. Es geht schon um die Frage: Wer hat die Macht über den eigenen Körper? FEMEN ist in dieser Hinsicht auch ziemlich moralistisch unterwegs, sie sind gegen Sexarbeit, klinken sich auch in Kampagnen gegen Zwangsprostitution ein. Das ist wieder so ein pauschalisierender Zugang: Ich selbst verteidige das Recht auf Sexarbeit als Arbeit wie jede andere auch. Wir vertreten auch bei MAIZ (Autonomes

Zentrum von und für Migrantinnen in Linz, Anm.) diese Haltung, weil wir glauben, dass Sexarbeiterinnen im weiß dominierten feministischen Diskurs diskriminiert werden. Den Frauen muss Autonomie und freie Entscheidungsmacht zugestanden werden.

Die Vorgabe, Deutsch zu sprechen, ist in Österreich immer wieder Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Wir führen unser Gespräch auf Deutsch – welche Rolle spielt es für Sie, diese Sprache zu sprechen?

Ich studiere an der Akademie der bildenden Künste und treffe immer wieder auf Leute, die versuchen, mit mir Englisch zu sprechen. Es gibt offenbar einen Automatismus zu glauben, dass schwarze Menschen nicht Deutsch sprechen. Das ist aber auch eine Machtfrage: Wer spricht Deutsch? Sicherlich mag es nett gemeint sein, wenn jemand mich auf Englisch anspricht, aber es irritiert mich einfach. Man gibt mir damit auch zu verstehen, dass man glaubt, ich würde nicht gut Deutsch sprechen. Erst kürzlich, bei der Pressekonferenz der Refugees im Servitenkloster, fand ich es wieder bezeichnend, dass die Journalistenfragen vor allem an den einzigen Mehrheitsösterreicher mit deutscher Muttersprache gerichtet wurden. Das heißt im Umkehrschluss, dass man Menschen, die mit Akzent sprechen, sofort beiseite schiebt – nach der Logik: Ich kann dich nicht verstehen. Das hat ganz klar mit einer epistemologischen Gewalt zu tun.

Sie haben sich bei den Refugee-Protesten von Anfang an engagiert. Sie sind der erste Versuch von Flüchtlingen in Österreich, für sich selbst zu sprechen. Wie haben Sie den Beginn erlebt?

Der Wunsch, eine Bewegung zu starten, kam von den Flüchtlingen selbst. Ich habe mich damit sofort identifiziert, mich hat das ein wenig an das Jahr 2000 erinnert, als es im Zuge der Tötung von Marcus Omofuma und später von Seibane Wague eine starke Mobilisierung der schwarzen Community gegeben hat. Das war eigentlich das letzte Mal, dass minorisierte Positionen in dieser Weise auf die Straße gebracht wurden. Im Oktober 2012 gab es die Demonstration der somalischen Community vor dem Parlament, das war auch eine Inspiration für die Flüchtlinge in Traiskirchen. Seit der „Operation Spring“ gibt es ein kollektives Trauma in der schwarzen Community, es besteht eine Angst zu demonstrieren, die Angst vor umfassender Kontrolle und staatlicher Repression. Dennoch sind die FlüchtlingsaktivistInnen, die ziemlich perspektivlos ein Leben in einem Lager führen, also allen Grund haben, resignativ zu sein, aufgestanden, um für ihre Zukunft einzutreten. Der Marsch von Traiskirchen nach Wien war so gesehen ein historischer Moment. Wir waren vielleicht 400

Leute auf der Straße, aber ich hatte das Gefühl, wir waren 10.000.

Medial gab es Aufmerksamkeit, allerdings war man darüber uneins, wie die Proteste zu bewerten sind.

Die Medien suchen immer die spektakuläre Geschichte. Der Moment, als die Polizei das Camp im Votivpark gewaltsam abbrach und wir in die Votivkirche wechselten, hat für die Medien offenbar gut funktioniert. Auch als der Hungerstreik begann. Ich habe ja oft in der Kirche geschlafen und konnte miterleben, wie die Medien sich auf diesen Hungerstreik gestürzt haben. Das war das Spektakel, das sie suchten. Als die Flüchtlinge aber nach verschiedenen Gesprächen ins Servitenkloster gingen, haben sie ihr Interesse verloren. Retrospektiv sehe ich die Berichterstattung als sehr negativ. Die Medien waren vor allem damit beschäftigt, ein Bild zu konstruieren, wie instrumentalisiert die Flüchtlinge sind, wie frech das doch ist. Aber natürlich waren die Flüchtlinge geradezu radikal, indem sie gesagt haben: „We demand our rights“ statt „Wir bitten, hier bleiben zu dürfen“. Und jetzt? Ist der Medien-Hype vorbei, die Flüchtlinge sind wieder extrem isoliert. Aber insgesamt wurde gerade in Sachen medialer Selbstrepräsentation sehr viel erreicht, plötzlich waren selbst

organisierte Pressekonferenzen von FlüchtlingsaktivistInnen denkbar – und gefragt.

Welche Rolle nehmen Sie ein, versuchen Sie zu moderieren?

Ich identifiziere mich ganz klar mit der Bewegung. Auch, weil ich Migrantin bin, weil ich schwarz bin, auch wenn ich in Österreich einen anderen Status erworben habe. Ich habe eine Daueraufenthaltsgenehmigung, ich arbeite hier, habe Privilegien. Ich kann also sagen: Ich bin mit euch, aber ich bin auch privilegiert. Ich bin ein politisches Subjekt, ich kämpfe gegen strukturellen Rassismus, aber ich muss zugleich meine gesicherte Position klarmachen. Ich kann mich hier nicht als FlüchtlingsaktivistIn präsentieren. Deshalb beschränke ich mich vor allem auf eine Rolle der Moderation in der Öffentlichkeit.

Die Sprecher haben der Caritas vorgeworfen, als Verhandlungspartner des Innenministeriums ein doppeltes Spiel zu spielen. Sind die Flüchtlinge unglücklich mit ihrem Fürsprecher?

Ich verstehe diese Reaktion, aber sie ist mittlerweile auch nicht mehr neu. Was soll man von der Caritas erwarten? Sie vertritt eine karitative, keine politische Position. Sicherlich ist das in sie gesetzte Vertrauen enttäuscht worden. Die Caritas führt, so erzählen es die FlüchtlingsaktivistInnen, sämtliche Verhandlungen mit dem Innenministerium, ohne dass sich bisher etwas bewegt. Die Leute wollen nun selbst mit dem Ministerium in einen Dialog eintreten, bislang war das ohne Vermittlungsinstanz allerdings nicht möglich.

Die Caritas hat den Flüchtlingen Quartier angeboten, ein Teil der Leute ist in unterirdischen Gewölben untergebracht. Wie soll es weitergehen?

Die Caritas hat erklärt, dass das Quartier nur bis Ende Juni verfügbar ist. Dann möchte man renovieren. Die Frage, die wir uns jeden Tag stellen: Was soll dann passieren? Will man alle dann wieder nach Traiskirchen abschieben oder in abgewirtschaftete Pensionen in der Einöde verfrachten? Die FlüchtlingsaktivistInnen haben eine andere Vorstellung, wie die beste aller Asylpolitiken aussieht – und sie werden dafür weiter kämpfen und auf ihre Rechte bestehen. Und für diese Bewegung wird hoffentlich noch viel Solidarität entstehen.



Staatsbürgerschaftstest für PolitikerInnen

Ein fairer Vergabemodus für die Staatsbürgerschaft ist ein so hohes Gut für unsere Demokratie, dass nur gut informierte PolitikerInnen mitentscheiden sollten. Daher hat SOS Mitmensch den ersten Staatsbürgerschaftstest für PolitikerInnen entwickelt.

Frage 1: Ein nichtösterreichisches Ehepaar lebt seit mehr als 10 Jahren durchgehend legal in Österreich und freut sich über Nachwuchs. Ihr in Österreich geborenes Kind

- a) wird bei Geburt automatisch ÖsterreicherIn.
- b) hat nach 6 Jahren durchgehendem Aufenthalt in Österreich einen bedingungslosen Rechtsanspruch auf Einbürgerung.
- c) hat, auch wenn es sein ganzes Leben hier verbringt, niemals einen bedingungslosen Anspruch auf Einbürgerung.

Frage 2: Eine Pensionistin, die vor mehr als 30 Jahren nach Österreich gekommen ist, lebt in einer 380 Euro Mietwohnung. Sie hat immer gearbeitet und bezieht jetzt eine Pension von 900 Euro. Die Dame

- a) kann sich aufgrund ihres mehr als 30-jährigen Aufenthalts in Österreich jederzeit auch ohne Deutschprüfung und Staatsbürgerschaftstest einbürgern lassen.
- b) muss sämtliche Tests absolvieren und kann sich dann einbürgern lassen.
- c) kann sich weder jetzt noch in der Zukunft einbürgern lassen, weil das Pensionseinkommen dafür nicht ausreicht.

Frage 3: Einbürgerungswillige Einzelpersonen ohne Kinder müssen über einen Zeitraum von 3 Jahren ein Nettoeinkommen von monatlich mindestens 837,63 Euro plus Geld für Miete, Heizung, Strom, Telefon, Internet und Fernsehen (minus 267,64 Euro Freibetrag) plus sonstige regelmäßig anfallende Aufwendungen plus etwaige Kreditraten nachweisen. Das Überspringen dieser Einkommensgrenze

- a) schaffen fleißige Arbeiterinnen und Arbeiter in Österreich meist locker.
- b) ist kein Problem für Teilzeitbeschäftigte.
- c) bereitet vor allem Frauen überhaupt keine Schwierigkeiten.
- d) ist so schwierig, dass etwa ein Viertel der österreichischen Gesamtbevölkerung daran scheitern würde. Darunter sind viele Frauen, weil Frauen oft unbezahlte Arbeit leisten, Teilzeitjobs machen und/oder in Niedriglohnbranchen arbeiten.

Frage 4: Wer AlleinerhalterIn einer vierköpfigen Familie (Eltern und 2 Kinder) ist und gemeinsam mit PartnerIn und Kindern ÖsterreicherIn werden möchte, muss über einen Zeitraum von 3 Jahren ein Nettoeinkommen von monatlich mindestens 1255,89 Euro plus 258,48 Euro für die zwei Kinder plus Geld für Miete, Heizung, Strom, Telefon, Internet und Fernsehen (minus 267,64 Euro Freibetrag) plus sonstige regelmäßig anfallende Aufwendungen plus etwaige Kreditraten nachweisen. Es gibt in Österreich laut AMS-Gehaltskompass

- a) mehr als 50 Berufe, in denen eine Vollzeitbeschäftigung oft nicht reicht, um diese Einkommensgrenze zu erreichen.
- b) mehr als 100 Berufe, in denen eine Vollzeitbeschäftigung oft nicht reicht, um diese Einkommensgrenze zu erreichen.

- c) mehr als 300 Berufe, in denen eine Vollzeitbeschäftigung oft nicht reicht, um diese Einkommensgrenze zu erreichen.
- d) mehr als 600 Berufe, in denen eine Vollzeitbeschäftigung oft nicht reicht, um diese Einkommensgrenze zu erreichen.

Frage 5: Wer in Österreich geboren und aufgewachsen ist und sein/ihr ganzes Leben hier verbracht hat, kann auch ohne eingebürgert zu sein

- a) bei der Polizei arbeiten.
- b) bei Landtags- und Nationalratswahlen kandidieren.
- c) bei Landtags- und Nationalratswahlen wählen.
- d) eine politische Versammlung anmelden.
- e) zum Bundesheer gehen.
- f) auf den regelmäßigen Gang auf die Fremdenbehörde verzichten.
- g) nichts von alledem.

Frage 6: Wer von den Behörden am Ende des Tages grünes Licht für die Einbürgerung erhält, muss

- a) so wie in Deutschland, Gebühren in der Höhe von 255 Euro zahlen.
- b) doppelt so viel zahlen wie in Deutschland.
- c) dreimal so viel zahlen wie in Deutschland.
- d) bis zu zehnmal so hohe Gebühren zahlen wie in Deutschland.

Frage 7: Um in Österreich eingebürgert werden zu können, muss man im Regelfall

- a) insgesamt 10 Jahren legal in Österreich gelebt haben, unabhängig von der Art des Aufenthaltstitels.
- b) insgesamt 10 Jahren legal in Österreich gelebt haben, davon zumindest 5 Jahre mit Niederlassungsbewilligung.
- c) durchgehend 10 Jahre legal in Österreich leben, davon zumindest 5 Jahre mit Niederlassungsbewilligung, wobei eine kurze Unterbrechung des Aufenthaltstitels kein Problem darstellt (die Zeit wird an die 10 Jahre drangehängt).
- d) durchgehend und ohne auch nur einen Tag Unterbrechung des Aufenthaltstitels 10 Jahre in Österreich leben, davon zumindest 5 Jahre mit Niederlassungsbewilligung. Wird der Aufenthaltstitel, etwa aufgrund einer Fristversäumnis, auch nur für einen Tag unterbrochen, beginnt die 10-Jahres-Frist von neuem zu laufen. Eine Einbürgerung rückt dann in weite Ferne.

Die richtigen Lösungen erfahren Sie auf www.sosmitmensch.at

Zusatzaufgabe: Hinter jeder der 7 Fragen verbirgt sich zumindest eine weitere Frage betreffend des Umgangs mit demokratischen Grundrechten in Österreich. Schicken Sie uns die Fragen, die Sie hinter den Fragen entdecken, unter dem Kennwort „Staatsbürgerschaftstest“ an office@sosmitmensch.at

NEUES VON DER BOCK

Von ihr kann man alles haben, nur kein Nein. Die Flüchtlingshelferin Ute Bock ist im wahrsten Sinn grenzenlos. Ihre Sozialarbeit: der ganz normale Wahnsinn. Alltag in Wien.

BESUCHT VON STEFAN KLUGER, FOTO: LEA FRIESSNER



POST AUS EISENSTADT

Um die Post kümmere ich mich persönlich, eine heikle Arbeit, das muss hinhalten. Dass mich die Ämter hin und wieder sekkieren, da bin ich mir sicher. So wie das Bundesasylamt Eisenstadt, das mir einen Brief schickt: eine Ladung für ein Kind, das ich in Vertretung des Vaters übernehmen soll. In dem Brief ist dann noch extra ein Einschreiben mit der Ladung eingepackt. Das machen sie nur, damit was schiefeht. Wozu soll das sonst gut sein? Eisenstadt behauptet, dass die Poststelle illegal ist und ich dem Mann das ausrichten soll. Stimmt nicht! Ich schau, dass alles legal ist, lasse jeden anmelden, auch wenn er das nicht will. Es kann doch jeder ruhig wissen, wie viele Menschen hier sind und nichts haben! Als mir die Fekter damals gesagt hat: Alles ist gut, jeder bekommt die Grundversorgung, hab ich ihr gesagt: „Schon, bis auf die 2.000 Menschen, die bei mir gemeldet sind.“ Da hat sich nichts geändert. Die Menschen haben keine Beschäftigung, kein Ziel, keine Aussicht auf irgendwas. Furchtbar! Sehr viele Tschetschenen sind hier, die Afrikaner haben sie ja schon fast alle abgeschoben – jede Woche ein Flieger. Wenn ich dran denke, wird mir schlecht. Ich glaube, das Gesetz wird bald geändert, deshalb wollen sie jetzt noch möglichst viele wegbekommen.

NOCH MEHR POST

Meistens werde ich positiv auf der Straße angesprochen. Und die, die mich nicht wollen, wechseln die Seite – ich könnt ja abfärben. Vor Kurzem spricht mich eine alte Frau an und sagt, sie hat eigentlich nichts gegen die Ausländer. Aber müssen die wirklich immer bis halb zwei Uhr in der Nacht das Licht brennen lassen? Die sind halt erwachsen, sag ich, da kann man für 22 Uhr keine Bettruhe verordnen. Auf die Idee, einen Vorhang aufzuhängen, kommt sie nicht.

Von einer anderen Frau hab ich schon zum zweiten Mal Post bekommen. Sie schickt mir Zeitungsausschnitte, wo Tschetschenen gestohlen und Afrikaner jemanden geschlagen haben. Da drüber hat sie „Verein Ute Bock“ geschrieben. Was soll's, es gibt halt überall schwarze Schafe, sogar in Afrika. Ich denk mir, was für ein blöder Trampel, hat nichts anderes zu tun, als in ihrer feinen Wohnung im 1. Bezirk diese Zettel zu picken. Das muss man sich einmal vorstellen!

DENEN WURSCHT

Ich hatte da einen Georgier, halb so groß wie ich, ein alter Mann, todkrank – mit Hepatitis, Nierenkrebs. Den müssen sie abschieben! Sag ich am Telefon zur Fremdenpolizei: Nein, ihr holt ihn nicht ab, wir kommen zu euch. „Nimm deine Medikamente und Befunde“,

rate ich ihm. „Sie wollen dich abschieben, aber vielleicht kannst du ja später wieder nach Österreich kommen, also sei vernünftig.“ Er ist brav mitgegangen. In der Schubhaft hat dann ein Amtsarzt geschaut, ob er flugtauglich ist. Am nächsten Tag war er weg. Wahrscheinlich ist er schon tot ohne seine Behandlung. Das ist denen völlig wurscht.

EXTRA EIN SCHILD AUFGESTELLT

Geld gibt's bei mir leider fast keines, sogar weniger als bei der Caritas. Mit 10 Euro musst du hier eine Woche lang leben, gerade so viel, dass du nicht verhungerst. Ich bin dafür, dass die Leute selber kochen, und das tun sie auch. Wenn sie Gemüse schneiden, haben sie wenigstens eine Beschäftigung. Meine Zivildienner sind zum Glück so kindisch und gehen mit den Leuten auf den Spielplatz, da drüben im Gemeindebau. Dort steht ein Schild, dass nur Kinder aus dem Bau den Platz benutzen dürfen. Aber meine Kinder können es nicht lesen, ist also nicht weiter tragisch. Aufgestellt hat es die Stadt Wien, weil sich die Leute beschwerten. Die holen die Polizei, wenn sie ihre Sonnenblumenkerne essen und die Schalen auf den Boden fallen. Was soll ich machen? Ihnen einen Kübel mitgeben, damit sie hineinspucken?

POPULÄR GESEHEN

Occupy Oberlippenbart

Glatt rasierte Körper und glatte Menschen in einer glatten Welt nähren die Illusion, alles im Griff zu haben.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova

Es ist eine kleine Verletzung, die sich besonders hartnäckig zwischen Nase und Lippe breitmacht. Genau dort, wo dem Schnurrbartträger normalerweise der Bart wächst. Und das ist schon das Stichwort. Denn rasieren ist nicht drin – außer um den Preis, die langsam verheilende Wunde wieder aufzureißen. So wächst der Bart, ziemlich ungelentk macht er sich breit, unterhalb der Nase. Der Blick in den Spiegel ist unsicher, die lieben KollegInnen im Büro sagen nichts, die Lebensgefährtin schon: „Bleibt das jetzt?“ Auch die Journalistin vom Fernsehen mit einer Interviewanfrage. Das muss auch gerade dann sein, wenn es nicht so passt (soll ich sagen, ich bin grad unpässlich mit Bart?), sie sagt, fällt schon nicht so auf.

Ohne Bart zu sein ist jedenfalls Mainstream. 95 Prozent der Männer hierzulande machen in der Früh Glattrasur im Gesicht. Ich war Mainstream. Jetzt bin ich die fünf Prozent. Occupy Oberlippenbart. Und der wächst.

Längst vergangen sind die Zeiten, da sich konservative Kreise empörten, weil die männliche Jugend den »deutschen« Vollbart nicht mehr tragen wollte, sondern die modischeren Schnauz-, Schnurr- und Kinnbärte der Italiener und Franzosen imitierte. Das waren noch Zeiten, als mein neuer Schurrer den coolen Fortschritt bedeutet hätte. Längst vergangen auch die Zeiten, da man an der Barttracht die Rebellen, Künstler und Widerständigen erkannte. So klar ist da



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

nichts mehr. Ich kenne eindeutig mehr Rebellen, Künstler und Widerständige, die in der Früh den Rasierer zur Hand nehmen.

Ich bin also ganz allein mit meinem Bartwuchs oberhalb der Lippe. Soll mich nicht so kränken. Die glatten Körper kommen nämlich vom Militär, sagt mir ein Freund. Die US-Soldaten sind im Ersten Weltkrieg bereits bartlos gestorben. Gillette hatte immerhin einen Exklusivvertrag mit der Army. Glatt rasierte Körper und glatte Menschen in einer glatten Welt nähren die Illusion, alles im Griff zu haben. Körpernormen formen Warenkörper. Das hat was. Als die Verletzung zwischen Nase und Lippe im Abheilen ist und sich jetzt anböte, wieder zum Rasiermesser zu greifen, weiß ich gar nicht mehr, ob ich zurück soll. Doch ich muss gestehen: Ich entschied mich für das Risiko der glatten Oberlippennorm. Jetzt bin ich wieder 95 Prozent – aber auf ewig solidarisch mit den fünf.

SONDERECHE

Stallgerüche

Lob für die Politik ist nicht verwerflich – doch wer auf Unabhängigkeit Wert legt, sollte es nicht übertreiben.

UM DIE ECKE GEDACHT MIT
PHILIPP SONDEREGGER
Illustration: Petja Dimitrova

Im März 2003 fanden in Niederösterreich Landtagswahlen statt. Marianne Mendt, damals (bis April 2003) Vorsitzende von SOS Mitmensch, trat dem „überparteilichen Personenkomitee“ von ÖVP-Landeshauptmann Josef Pröll bei. Mendt dürfte ihr Engagement nicht geschadet haben. In St. Pölten eröffnete der Landeshauptmann das seither jährlich stattfindende Marianne-Mendt-Jazzfestival. Und auch anderen ProponentInnen aus dem Pröll-Komitee blieb der Erfolg in Niederösterreich nicht verwehrt. Manfred Deix erhielt ein Museum, das Schloss von Hermann Nitsch eine Renovierung. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Doch es geht hier nicht darum, diesen Personen Käuflichkeit zu unterstellen. Womöglich halten sie Erwin Pröll in der Tat für den besten Kandidaten. Zum Problem wird die Verflechtung dann, wenn öffentliche Förderungen an eine ungebührliche Gegenleistung geknüpft werden – und sei es ein gemeinsamer Auftritt. Das ist glatter Missbrauch. Nicht nur in Niederösterreich. Auch in Wien fließen größere Subventionen leichter, wenn ein Mitglied der Stadtregierung zur Begrüßung geladen wird. Viele PolitikerInnen im Bund und in den Ländern erwarten sich Dankbarkeit für Zuwendungen. Als SubventionsnehmerIn tut man gut daran, etwas Abstand zu halten.

Der Fall einer weiteren Pröll-Unterstützerin zeigt auf skurrile Weise, dass die Kriterien für förderungswürdige Leistungen nicht nur in der Kultur umstritten sind.

ANDERS GESAGT

Nichts mit Nazi-Vergangenheit zu tun?

Ist „Mischling“ ein unbelasteter Begriff, mit dem die zweite Generation spielerisch umgehen darf? Ich denke, nein.

OLIVERA STAJIC ÜBER DIE ROLLE DER MEDIEN, IN EINER PLURALISTISCHEN DEMOKRATIE FÜR DIVERSITÄT ZU SORGEN.

Illustration: Petja Dimitrova



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

Die Psychotherapeutin Rotraud Perner hat das „Bündnis gegen Gewalt“ des BMI wissenschaftlich begleitet. Nun erhob eine mit der Sache befasste Strafrechtlerin den Vorwurf, das Projekt sei möglicherweise wegen ÖVP-Nähe überzahlt. Statt des Projekthonorars von 210.000 Euro sei dieses lediglich 60.000 Euro wert. Perner weist die Vorwürfe vehement zurück. Der rund 16 Seiten starke Abschlussbericht, den sie auf ihrer Website veröffentlicht hat, spart nicht mit Kritik am BMI, vermag aber Zweifel am wirtschaftlichen Einsatz der Mittel kaum zu beseitigen. Der Abschlussbericht ist verfasst im Stil einer Erlebnis erzählung.

Das Innenministerium ist schon seit längerem mit Kritik an seiner Vergabepraxis konfrontiert. Der Rechnungshof listet mehrere Projekte auf, die freihändig an Günstlinge vergeben wurden. Was im BMI unter Unabhängigkeit verstanden wird, zeigt sich an einem weiteren Fall: In seiner Funktion als Vorsitzender des „unabhängigen Expertenrates für Integration“ begrüßte der Geograf und Raumforscher Heinz Fassmann die jüngste Novelle des Staatsbürgerschaftsrechts. Absender der Aussendung: die Pressestelle des BMI.

Philipp Sonderegger ist Experte für zivilgesellschaftliche Organisation und bloggt bei phsblog.at.



Olivera Stajic ist Redaktionsleiterin von daStandard.at.

Neulich saß ich bei einer Podiumsdiskussion und ließ mir von jungen Leuten der sogenannten zweiten Generation erklären, dass sie mit der Nazi-Vergangenheit nichts zu tun haben. Ihre Wurzeln liegen anderswo, also gibt es auch nichts aufzuarbeiten. Außerdem könne man von ihnen auch nicht erwarten, dass sie mit gewissen Begriffen, die aus dieser Zeit stammen, „sensibel umgehen“. Denn diese Vergangenheit sei eine Bürde, die von der „Mehrheitsgesellschaft“ allein zu tragen ist. Doch nicht nur Vokabular aus der Nazi-Zeit, auch andere diskriminierende Begriffe seien ok – wenn man sie eben zur Selbstbezeichnung verwendet.

In beiden Fällen musste und muss ich widersprechen.

Faschistoides Gedankengut ist kein österreichisches Problem. Rassismus und Feindlichkeit gegenüber anderen, gegenüber Minderheiten, sind auch unter MigrantInnen verbreitet. Zusätzlich zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus sollten also auch faschistische Bewegungen in den Herkunftsländern der MigrantInnen langsam in den Geschichtsunterricht einfließen. Seien es die Nazi-Kollaborateure im Zweiten Weltkrieg, die es in Ost- und Südosteuropa zuhauf gab, oder die Kriege im ehemaligen Jugoslawien oder der Genozid an ArmenierInnen – das alles kann und soll die hier lebenden MigrantInnen interessieren. Verantwortungsvoller Umgang mit diesen Vergangenheiten könnte auch zu einem sensibleren Umgang mit gewissen Begriffen führen.

„Mischling“ wäre zum Beispiel so ein Begriff. Die Coverstory in der Aprilausgabe des Stadtmagazins Biber war den „Mischlingskindern“ und ihrer „exotischen Schönheit“ gewidmet. Auf der Website des Magazins kann man auch heute einen „Ethnien-Test“ machen und raten, welche „Mischung“ hinter den abgebildeten Gesichtern steckt. Mein Einwand, dass in der medialen Wirklichkeit Begriffe etwas sensibler eingesetzt werden sollen, wurden mit folgendem Argument abgeschmettert: Wenn sich MigrantInnen selbst so bezeichnen, dann sei das vollkommen in Ordnung.

Die zweite Generation bedient sich gern der satirischen Umkehrung der an sich pejorativen Begriffe wie Tschusch, Ausländer und Schwabo. Diese Art von Selbstermächtigung ist sogar erwünscht und funktioniert in den meisten Fällen ganz gut. Was hingegen erschreckt, ist der Hinweis, man wisse nichts über die belastete Vergangenheit des Begriffs „Mischling“; die Kritik wurde als humorloses Schwingen mit der PC-Keule abgetan. Politisch unkorrekt, also locker und lässig zu sein, kann gerade in der Debatte um „Integration“ und die Herausforderungen einer immer vielfältiger gestalteten Gesellschaft ganz erfrischend sein. Die Gefahr, die ich hier sehe, ist nicht bloß die Verletzung gewisser Tabus (und sei es nur aus Unwissenheit). Es ist auch die Selbstexotisierung und somit die Einzementierung der Kategorien „wir“ und „die anderen“.

POPULÄRKULTUR

BUCH



Der Wald – Ein Thriller

Ein Reh pro Quadratkilometer wäre normal, in unseren Wäldern tummeln sich aber 50 Rehe. Im Winter werden sie von den Jägern gefüttert, dafür teilweise in Gatter getrieben und zur Jagd wieder freigelassen. Bei der Jagd treffen sich Politik, Wirtschaft und Jäger, womit die Abschaffung der Jagd eine Utopie ist. Für ein Kilo Wildschweinfleisch werden 12 kg Mais in den Wald gekarrt, „natürlich“ ist im Wald also

fast gar nichts mehr. Warum das so ist, beschreibt Peter Wohlleben in „Der Wald – Ein Nachruf“. Wer das Buch des Försters liest, hält den Titel nicht mehr für polemisch. Wohlleben beschreibt unsere Wälder als ein ökonomisches System, in dem fast alles aus dem Lot ist. Nadelbäume etwa gab es in Mitteleuropa gar nicht, sie sind karge Böden in der nördlichen Hemisphäre gewöhnt. Auf den heimischen Böden hingegen schießen sie in die Höhe – zu viel Futter, könnte man sagen. Im Fall der ortsfremden Fichtenmonokulturen lässt sich analog zu Turbokühen und Turbokühen von Turbowäldern sprechen, die ebenfalls fette Gewinne abwerfen – der einzige Grund, warum sie in unseren Breitengraden angesiedelt wurden. Der Preis dafür sind geringe Holzqualität und Böden, die sauer werden und vermoosen, weil die weniger ertragreichen Buchenwälder massiv zurückgedrängt wurden. Bäume,

die hunderte Jahre alt werden, werden nach und nach geschlägert, und weil Kahlschlag verboten ist, werden zuvor schnell ein paar Fichten hingepflanzt. Wirklich alte Bäume, davon kann man sich selbst überzeugen, findet man im Wald kaum noch. Deshalb hält Wohlleben die Hinweise auf den zurückgedrängten Regenwald für problematisch. Europäische Wälder werden im Akkord abgeholzt und aufgeforstet. Harvester, die bis zu einen halben Meter tiefe Spuren hinterlassen, zerstören den Boden auf Jahrhunderte. Selbst dort, wo Vieh geweidet hat oder ein Traktor umgeackert hat, bildet sich in 20 oder 40 Zenimeter Tiefe eine komprimierte Lehm- und Erdschicht, die kein Wasser mehr durchlässt. Wohlleben spricht von einem regelrechten Badewanneneffekt: Bei Regen steht das Wasser, kann nicht mehr vom Boden aufgenommen werden. Nach ein paar Sonnentagen ist der Boden völlig trocken. Mikroorganismen

wie Milben, von denen es hunderte verschiedene auf einem Quadratmeter geben müsste, sterben. Rund 500 Jahre braucht die Erde, um sich von diesen Eingriffen wieder zu erholen. Daher, so Wohlleben, stammt auch der Ausdruck Flachwurzler: Fichten können diese Lehmschicht mit ihren Wurzeln nicht mehr durchdringen – bei Sturm reißt es sie einfach nieder. Im Winter frisst das so zahlreiche Wild die Spitzen der jungen Laubbäume ab, ein Reh schafft es pro Tag, 1.000 und mehr Bäume zu zerstören. Der Wald – eine Illusion, könnte man resümieren. Wohlleben zerstört sie auf beeindruckend kompetente Weise, indem er Bild für Bild ein Öko(nomie)system zusammensetzt, das mit Naturschutz nichts zu tun hat. *red*

Peter Wohlleben

Der Wald – ein Nachruf: Wie der Wald funktioniert

Ludwig Verlag

256 Seiten, 19,99 Euro

BUCH



Marktgesetzen auf der Spur

Wer einen Club 2 oder eine andere Diskussion zum Thema Finanzkrise im Fernsehen gesehen hat, kennt das Gefühl: Man steigt schnell aus, wenn es um Begriffe wie Derivate oder um Zusammenhänge von Immobilienblase und Bankencrash geht. Robert Misik versucht, die Finanzkrise ganz volkswirtschaftlich, wie er im Vorwort schreibt, mit eigenen Worten zu erklären. Und mit simplen Beispielen. Warum Wachstumsraten nicht an sich gut sind, liest sich dann z. B. so: „In Wien wird so viel Brot weggeworfen, wie in Graz gegessen – das ist total gut für das Wiener BIP, denn zuerst

verdient der Bäcker, dann der Müllmann.“ Das Wachstumscredo beginnt also bereits beim Ressourcenverbrauch problematisch zu werden. Die Frage, wie eine Wirtschaft bzw. Marktwirtschaft ohne Wachstum von Finanzwerten auskommt, scheint aber weniger entscheidend, als die Frage, wie man die richtigen Werte zum Wachsen bringt. Nobelpreisträger Joseph Stiglitz verlangt eine soziale Neudefinition der Welt, in der Gesundheit oder soziale Beziehungen gut gedeihen, was heute nicht in die Wirtschaftsleistung einberechnet wird. Immer noch scheint die Wirtschaft ein Selbstzweck

zu sein, dem das Leben der Menschen untergeordnet wird. Ein erster Schritt wäre, die Finanzwelt wieder rückzubauen, wie sie bis Anfang der 1980er Jahre war – oder auch vor 15 Jahren, als es noch keine Hedgefonds gab.

Einige Maßnahmen zu einer Neugestaltung nennt Misik, Erbschafts- und Vermögenssteuern gehören ebenso dazu wie die Steuersenkung auf Löhne und Gehälter. *red*

Robert Misik

Erklär mir die Finanzkrise!

Picus Verlag

155 Seiten, 14,90 Euro

SPOTLIGHT

Der ewige Kämpfer

Als Kinderjockey bei Kamelrennen in den Vereinigten Arabischen Emiraten lebte er gefährlich. Nach Stationen in Pakistan und Griechenland setzt sich Mohammed Numan als Refugee-Sprecher für ein Bleiberecht ein.

PORTRAIT: HANNA SILBERMAYR

Er muss nicht in die Menükarte schauen, um zu wissen, was er trinken will. Er war so oft im Café Votiv, dass er die Karte praktisch auswendig kennt. Mohammed Numan ist einer jener Flüchtlinge, die Ende Dezember 2012 die Votivkirche besetzten, um auf ihre prekäre Situation aufmerksam zu machen. Das Kaffeehaus nahe der Kirche diente als Treffpunkt, um den Flüchtlingsprotest zu koordinieren. Heute sitzt Mohammed hier, um über sein eigenes Leben zu sprechen, und vergisst dabei den Kaffee, den er bestellt hat.

Viel wichtiger sei, seine Geschichte zu erzählen, die gleichzeitig die vieler anderer Menschen ist. Seit Anbeginn steht der 25-Jährige an vorderster Front des Protests. Die Frage nach dem Ursprung seines Engagements ist leicht beantwortet: Seine eigenen Erfahrungen haben ihn zum Kämpfer gemacht. Als Sohn pakistanischer Immigranten in den Vereinigten Arabischen Emiraten lernte er schon früh, was es bedeutet, Ausländer zu sein. Er konnte nur die Grundschule besuchen und begann mit zwölf Jahren als Kinderjockey bei Kamelrennen zu arbeiten – ein gefährlicher Job zwischen Leben und Tod, wie Mohammed heute sagt.

Irgendwann während dieser Zeit verlor er den Kontakt zu seiner Familie und war plötzlich auf sich allein gestellt. Sein Leben lang hatte er auf die Staatsbürgerschaft der Arabischen Emirate gehofft, alle zwei Jahre sein Visum verlängern lassen. „Meine Eltern sind aus Pakistan, ich selbst war aber nie dort. Darum stellte ich den Antrag auf Staatsbürgerschaft“, erklärt Mohammed den Wunsch, in der Gesellschaft zumindest formal dazuzugehören. 2010 wurden alle Hoff-



Griechenland ist wie Pakistan. Wenn du dein Haus verlässt, weißt du nicht, ob du zurückkommst.

nungen zunichte gemacht, sein Antrag abgelehnt, er abgeschoben.

Die Zeit in Pakistan sollte Mohammed prägen. Als ihn seine Verwandten als Familienmitglied nicht anerkennen wollten, begann er, sich um Straßenkinder zu kümmern: „Ich wusste, wie es ist, auf der Straße überleben zu müssen.“ Doch der Wille, anderen zu helfen, brachte ihm Probleme mit der Polizei ein. Oft sind es Beamte, die die Schutzlosigkeit der Kinder ausnützen und Profit daraus schlagen. „Es gibt wahrscheinlich keine Polizeistation, die ich nicht kenne. Ich wurde gefoltert und musste Geld zahlen, um wieder frei zu kommen“, beschreibt Mohammed die Zeit in Pakistan. Nach einem Jahr fasste er den Beschluss, das Land Richtung Westen zu verlassen.

Europa hielt nicht, was es versprach: „Griechenland ist wie Pakistan. Wenn du dein Haus verlässt, weißt du nicht, ob du zurück-

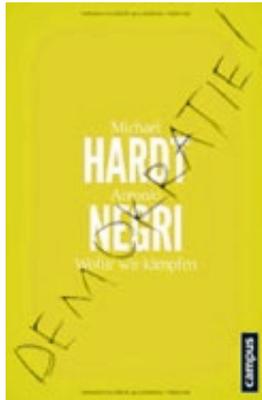
kehren wirst. Vielleicht wirst du entführt, misshandelt oder umgebracht.“ Die Wut der Bevölkerung im krisengebeutelten Griechenland hatte sich jahrelang aufgestaut und richtet sich seit einigen Jahren gegen die, die nach Europa kommen, um hier eine bessere Zukunft zu finden. Ausländer werden zunehmend auf offener Straße attackiert, gejagt, geschlagen. Und die Polizei greift nicht oder erst spät ein. Im Jahr 2012, als die Rechten die Parlamentswahlen gewannen, packte Mohammed abermals seine Sachen.

Und wieder sollte er daran erinnert werden, dass er als Ausländer ein ungebeter Gast ist. „Während des Asyl-Interviews haben sich die Beamten und Dolmetscher über mich lustig gemacht. Sie legten die Füße auf den Tisch und rauchten“, beschreibt er die Demütigungen, mit denen ihn Österreich begrüßte. „Ich wusste über die Migrationsgesetz kaum Bescheid“, erzählt er, „aber wir sind Menschen. Wenn man uns nicht respektiert, haben auch wir keinen Respekt mehr.“ Dies war der Moment, in dem Mohammed einmal mehr die Entscheidung traf, für sich und andere zu kämpfen.

Seit die Flüchtlinge die Votivkirche verlassen haben, sind sie aus dem Licht der medialen Öffentlichkeit nahezu verschwunden. Mohammed hat, so wie ein Großteil derer, die im Protest aktiv waren, seinen dritten Negativbescheid erhalten. Dies bedeutet, dass seine Abschiebung bevorsteht. Doch er ist siegesicher: „Ich werde zurückkommen und weiterkämpfen. Ich weiß nicht, ob ich noch zehn Jahre leben werde oder ob man mich vorher umbringt. Solange ich am Leben bin, werde ich kämpfen, ich habe nichts mehr zu verlieren.“

POPULÄRKULTUR

BUCH



Wofür wir kämpfen

„Nach mehr als zweihundert Jahren ist die Zeit der liberalen Verfassungen abgelaufen.“ – Schon wieder so ein Postulat als Beispiel dafür, wie Negri/Hardt sich die Realität zu Eigen machen, um ihre eigene Theorie zu verkünden. Denn davon, dass die Multitude, bei dieser Begrifflichkeit bleiben die Autoren, die repräsentative Demokratie aus den Angeln hebt und eine neue partizipative einläutet, kann nur in Form eines

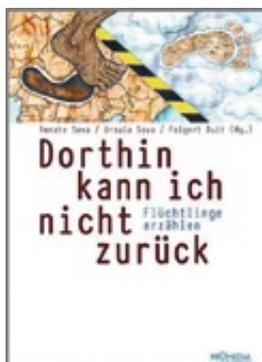
Wunsches gesprochen werden. Negri/Hardt finden dafür viele Beispiele, sie reichen vom Zuccotti Park der Occupy-Bewegung bis zu den Aufständen der Zapatisten. Was vereinzelte Protestphänomene, die es geschichtlich natürlich immer schon gegeben hat, nun zur Ankündigung einer erstarkten Multitude macht, bleibt allerdings unklar. (Fast ist man unangenehm daran erinnert, wie PolitologInnen den Islamismus in einer Verweigerung regionaler Spezifika zum globalen Phänomen deuten.) So sehr sich die Zuspitzung sozialer Ungleichheit nunmehr nicht nur global, sondern auch innerhalb europäischer Gesellschaften abzeichnet, so wenig ist abzusehen, dass der Abbau sozialer Errungenschaften vergangener Jahrzehnte gestoppt wird. Auch Negri/Hardt wissen nicht, wie das zu bewerkstelligen wäre, aber das wäre in einem Buch mit 120 Seiten auch etwas viel verlangt. So verlegen sie sich auf Parolen und einen Manifest-Charakter. Schafft neue

Wahrheiten!, heißt es da. Oder: Verfasst euch! Diese Rhetorik wirkt nicht zufällig wie Anleihen bei anderen AutorInnen vergangener Jahre. Zusammenzuführen, was nicht unbedingt zusammengehört, findet sich aber bereits im Versuch einer Kategorisierung des Subjekts, wie es der Triumph des Neoliberalismus angeblich geschaffen hat. Vier Formen beschreiben Negri/Hardt: Die Vernetzten – sie ersticken unter toter Info, die nicht mehr wahrgenommen wird, weil ihr Bewusstsein im Schwall von Information (nicht zuletzt der Social Media) einfach verschluckt wird. Die Verschuldeten – sie können auf keine Zivilgesellschaft mehr zählen, weil dieser, etwa in Form von Gewerkschaften, der Feind abhanden gekommen ist. Statt des Kapitalisten mit der Zigarre hat es die Multitude des Prekariats nun mit dem „Mythos vom freien Handel zwischen gleichberechtigten Partnern“ zu tun. Jede/r arbeitet nunmehr freiwillig im Zeichen der Zinsen, und nicht

länger für den Profit. Die Verwarnten – damit sind die Opfer der Überwachungstechnologien oder überhaupt Häftlinge gemeint. Und die Vertretenen – nur noch Superreiche können in die Politik gehen, während die Medien mit ihrer Panikmache demokratische Beteiligungen verhindern. Gerade die letzten beiden Kategorien sind stark von den USA aus gedacht und fühlen sich mit ihren pessimistischen Befunden („Wie schnell hat sich die Zivilgesellschaft in Luft aufgelöst!“) ein wenig hohl an. Nicht zuletzt deshalb, weil mit dieser (hoffnungsarmen) Beschreibung die Frage aufgeworfen wird, mit welchen Chancen sich derart ohnmächtige Subjekte denn gegen die Phalanx solch übermächtiger Feinde erheben sollten. *red*

Michael Hardt, Antonio Negri
Demokratie! Wofür wir kämpfen
 Campus Verlag
 120 Seiten, 12,90 Euro

BUCH



Flüchtlinge erzählen

Ein Buch, das zu den Refugee-Protesten passt, die mit dem Marsch von Traiskirchen nach Wien begonnen und derzeit im Servitenkloster eine Zwischenstation gefunden haben. So wie bei den Protesten ergreifen auch in dieser Publikation die Flüchtlinge selbst das Wort. Und das ist gut so. Wie es dazu gekommen ist, hat einen schönen Grund: Die HerausgeberInnen leben seit einigen Jahren in der Nähe eines Flüchtlingsheims in Niederösterreich. Man kam in Kontakt und freundete sich

an. Dabei fielen der Ko-Herausgeberin Ursula Sova auch Widersprüche in den Erzählungen auf. Die Geschichten, schreibt sie, schienen „ein Eigenleben“ zu haben. Erst nach und nach verstand Sova, warum. Das hat mit Angst, Unsicherheit, dem Erlebten und Vertrauen zu tun. Insofern ist dieses Buch auch kein herkömmlicher Interviewband, sondern das Produkt dessen, was im Buch an einer Stelle als „Geschenk“ bezeichnet wird. Dass die Flüchtlinge ihre Geschichten mit ihren neuen

Bekanntem teilen. Was oft in der politischen Auseinandersetzung zu kurz kommt, findet hier Raum: Flüchtlinge werden zu Menschen mit Biografien, einer Geschichte, einer eigenen Sprache und alltäglichen Details, wie sie ein Leben wie das unsrige auch ausmachen. *red*

Renate Sova, Ursula Sova, Folgert Duit (Hg.)
Dorthin kann ich nicht zurück. Flüchtlinge erzählen.
 ProMedia Verlag
 206 Seiten, 15,90 Euro

POPULÄRKULTUR

BUCH

Imame in Österreich

Manche Erkenntnis verblüfft in diesem Band. So heißt es etwa: „Ein riesiges Erfolgspotenzial hat die Videoplattform Youtube. Viele Darsteller wurden in kurzer Zeit Weltstars, und manche Unternehmen konnten bereits in kürzester Zeit ihre Werbespots auf der ganzen Welt bekannt machen.“ Fast rührend, wie in dem sehr speziell gefassten Kapitel „Internetkonsum der muslimischen Schüler in den Bezirken Pinzgau und Pongau (Salzburg)“ offenbar vor schädlichen Einflüssen gewarnt werden soll. Doch später kommt Entwarnung: Der Medienkonsum muslimischer Jugendlicher unterscheidet sich auch im Pinzgau nicht wesentlich von dem anderer SchülerInnen. Denn, so lesen wir: „Ob zu Hause oder in der Schule oder sogar unterwegs, das Musikhören gehört zu den beliebtesten Anwendungen.“

Eigentlich klingt der Titel dieser Publikation spannend: „Zwischen Moschee und Gesellschaft“ erweckt sogar den Anschein, dass die Moschee gar kein Teil der Gesellschaft wäre. So ist es aber wohl nicht gemeint. Schon in der Einleitung macht der Herausgeber, der Religionspädagoge Ednan Aslan, die Kernaufgabe der Imame deutlich: Sie sollen vorzeigen, wie sich Muslime integrieren können. In dieser Hinsicht werden einige Probleme auch angerissen: fehlende Deutschkenntnisse temporär nach Österreich geholter Moscheeverwalter; Imame mit teils ideologisch verqueren Ansichten, die den Menschen hier wohl kaum hilfreich sind. Aslan – er ist selbst Leiter

des Universitätslehrgangs „Muslime in Europa“ – hat als Herausgeber des Bandes aber verabsäumt, die Diskussion über die Imam-Ausbildung zu systematisieren. Zu inkonsistent fallen die Aufsätze aus, geradezu bescheiden der Anspruch der hier versammelten AutorInnen und nebulos die Analysen. Vieles wirkt zufällig. In einem Beitrag wird eine Schule aus Hallein zum Untersuchungsort, ohne nach einigen Gemeinplätzen zu einer Conclusio zu kommen. Türkischen SchülerInnen spricht der Autor ganz generell „geringstes Bildungsniveau“ zu, ob es sich dabei um ein Studienergebnis handelt, bleibt unklar. Kein Wunder, dass dem Autor am Ende der Fokus verschwimmt: „Bei nüchterner Betrachtung zeigt sich mir [angesichts der Situation] leider ein nur allzu schwarzes Bild.“ Bleibt die Frage: Wozu dieses Buch? *ger*

Ednan Aslan (Hg.)
Zwischen Moschee und Gesellschaft
 Peter Lang Verlag
 315 Seiten, 56,30 Euro



Foto: ÖAMTC Matthias Fenzl

LISTEN

2 X 5 DINGE UND SONST?

Nasila Berangy-Dadgar ist ÖAMTC Migrationsbeauftragte für Wien, Niederösterreich und Burgenland und MO-Autorin.

5 Dinge, die ich gerne machen will:

- 1 Eine Rundreise durch den Iran
- 2 Um die Welt segeln
- 3 Fließend Spanisch sprechen
- 4 Utopisch, aber doch: singen wie Aretha Franklin ;-)
- 5 Interkulturalität in die ÖAMTC Unternehmenskultur verankern

5 Dinge, die ich gar nicht mag:

- 1 Fremdenfeindlichkeit
- 2 Den Akzent von anderen Menschen nachmachen
- 3 Arroganz und Überheblichkeit
- 4 Feiertage, die auf Samstag/Sonntag fallen
- 5 Glutamat

Und sonst?/Mai altceva?

Bin lieber ein eckiges Etwas als ein rundes Nichts.

„Ich will qualitative Bildung für alle!
Sie auch? Dann müssen wir große
Vermögen besteuern!“

Sibylle Hamann, Journalistin

wege
aus der
krise

5 Prozent der Bevölkerung besitzen fast die Hälfte
des Gesamtvermögens. Dieses Vermögen ist kaum
besteuert.

Lebensqualität sichern!

Überfluss besteuern - in die Zukunft investieren!

Unterstützen auf www.wege-aus-der-krise.at

INSERAT?

B 186 x H 112 mm

SOS MITMENSCH

TEXT: ALEXANDER POLLAK

STAATSBÜRGERSCHAFT

Gesetzesnovelle als Farce

SOS Mitmensch hat erfolgreich für Mario Keiber gekämpft. Durch unseren Einsatz wurde ein Gesetzespassus geschaffen, der es dem 22-Jährigen ermöglicht, nach fast 20 Jahren in Österreich endlich eingebürgert zu werden.

Allerdings ist der Passus so eng gefasst, dass viele, die ebenfalls schon lange hier leben, weiterhin keine Chance auf die Staatsbürgerschaft haben. Damit verkommt die Ge-

setzesnovelle zu einer Farce, die jeder Integrationspolitik spottet.

Gipfel des Zynismus ist der Slogan „Staatsbürgerschaft durch Leistung“. Von ArbeiterInnen und Teilzeitbeschäftigten bis hin zu MindestpensionistInnen werden damit alle heruntergemacht, die kein hohes Einkommen haben. Ihnen droht der dauerhafte Ausschluss von demokratischen Grundrechten. Dagegen gilt es weiter die Stimme zu erheben.



Erfolgreicher Protest für Mario Keiber.

ASYL

Aufruf: Unmenschlichkeit löst keine Probleme!



Auch wenn Österreich zu den europäischen Ländern gehört, die zumindest einige menschenrechtliche Standards einhalten, ist die Liste der Verfehlungen im Asylbe-

reich lang: fehlender effektiver Zugang zu Bildung und Ausbildung, Arbeitsverbote, teilweise menschenunwürdige Zustände in Asylunterkünften, Abschiebung von Personen, die längst in Österreich Fuß gefasst haben, Auseinanderreißen von Familien, unzureichende Rechtsberatung, grundlose Inhaftierung, Beteiligung am unmenschlichen Flüchtlings-Pingpong zwischen EU-Staaten.

Es gibt immer mehr Menschen, die diesen Missständen nicht länger tatenlos zusehen wollen. Dazu gehört der in Zell am See geborene ehemalige Bankier Ernst Löschner. Er hat einen Aufruf gegen Unmenschlich-

keit verfasst, dem sich zahlreiche Flüchtlings-, Menschenrechts- und Kinderhilfsorganisationen angeschlossen haben, darunter Amnesty International, Ärzte ohne Grenzen, SOS-Kinderdorf, Caritas, Diakonie, Volkshilfe, Integrationshaus, Asylkoordination, Verein Ute Bock, Republikanischer Club, ZARA und SOS Mitmensch. Schutzsuchende Personen sollen nicht länger an den Rand gedrängt, ihrer Perspektiven beraubt und in einem Niemandsland der Unsicherheit und Rechtlosigkeit belassen werden. Das hat noch nie jemandem geholfen. Weitere Infos auf:

www.sosmitmensch.at

Anti-Nazismus als neuer Konsens

10.000 Menschen haben am 8. Mai am Heldenplatz die Niederlage der Nazis als Grundlage für die Demokratisierung Österreichs und Europas gefeiert. Erstmals hat die Spitze des Staates offiziell mitgefeiert. Das Totengedenken der Ewiggestrigen wurde abgesagt. Alles spricht dafür, den 8. Mai als jährlichen Demokratiefiertag zu etablieren.

Wer hier lebt, soll hier wählen

Von Jahr zu Jahr steigt die Anzahl der Menschen, die in Österreich ihren Lebensmittelpunkt haben, aber weder wählen noch bei Wahlen kandidieren dürfen. Die Betroffenen werden zu politischem Desinteresse gezwungen, unsere Demokratie nachhaltig geschwächt. Wir fordern: Wer hier lebt, soll auch hier mitbestimmen dürfen!

Kein Freibrief für Hetze

Hetze wird vielfach noch immer als Bagatelle behandelt und mit freier Meinungsäußerung entschuldigt. Doch Hetze unterbindet freie und informierte Meinungsbildung. Rassistische Klischees werden zur „Wahrheit“ erhoben. Höchste Zeit, dass es keinen Freibrief mehr für Hetze gibt.

DAS IST ÜBELSTE ANTISEMITISCHE HETZE, FRAU JUSTIZMINISTERIN!...



...UND DIE EINSTELLUNG DES VERFAHRENS GEGEN STRACHE IST EIN RIESENSKANDALI

SOS-Mitmensch-Poster: gegen Verharmlosung antisemitischer Hetze.

ANDERE ÜBER ...

Bekenntnis zur Interkulturalität

Wenn die wirtschaftliche Integration nicht gegeben ist, können Menschen auch nicht an der Gesellschaft teilhaben, glaubt ÖAMTC-Vize Christoph Mondl.



Illustration: Petja Dimitrova

Wir haben als ÖAMTC eine klare Haltung zur Vielfalt in unserem Betrieb: Wir legen größten Wert auf Chancengleichheit für alle unabhängig von allen Diversity-Dimensionen, und dazu zählt natürlich auch die ethnische Herkunft.

Der ÖAMTC ist auf die Vielfalt seiner MitarbeiterInnen angewiesen: Bei unserer Schutzbriefdienstleistung spielen Rückholungen aus dem Ausland eine wichtige Rolle, MitarbeiterInnen mit Migrationsgeschichte haben schon durch ihre Sprachkenntnisse und interkulturellen Kompetenzen einen Wettbewerbsvorteil, von dem auch der ÖAMTC profitiert. Die Vielfalt unserer MitarbeiterInnen birgt ein enormes Potenzial und eine Chance für uns.

Hinsichtlich unserer Personalpolitik wollen wir eine Vorreiterrolle einnehmen und der Diskriminierung am Arbeitsmarkt von Menschen mit Migrationshintergrund entgegenwirken. Nämlich auch der Diskriminierung der zweiten Generation, die in Österreich ihre Bildungsabschlüsse erworben hat.

Wir als ÖAMTC versuchen dem entgegenzuarbeiten, indem wir diskriminierungsfrei rekrutieren, sprich die Qualifikation entscheidet und nicht der Geburtsort des Bewerbers oder der Bewerberin oder etwa der Geburtsort der Eltern. Alles andere verstehen wir als institutionelle Diskriminierung. Wenn die wirtschaftliche Integration nicht gegeben ist, können sich die Menschen auch nicht sozial integrieren und an der Gesellschaft teilhaben. Das wollen wir gezielt hintanhaltend.

Das Gleiche gilt auch für die Aufstiegschancen; bereits heute haben wir Führungskräfte mit Migrationshintergrund und arbeiten stetig daran, die Bevölkerung, so wie sie ist, auch in unserer Belegschaftsstruktur zu reflektieren.

Wir haben vor drei Jahren in Wien die Stelle einer

Migrationsbeauftragten installiert. Seit Anfang April ist die Stelle Migrationsmanagement im Personalmanagement verankert, um auch interne Agenden zu forcieren. Antirassismus nimmt dabei für uns in der Unternehmensleitung eine zentrale Rolle ein: Weder dulden wir Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft noch Alltagsrassismen und unbewusste Diskriminierung.

Daher werden wir ab Herbst gemeinsam mit dem Verein ZARA unseren Führungskräften und MitarbeiterInnen Sensibilisierungsschulungen ermöglichen. Wichtig ist, dass wir unsere MitarbeiterInnen zum Nachdenken, Reflektieren und Hinterfragen ihrer Vorurteile anregen. Im Idealfall sind sie danach in der Lage, Empathie zu empfinden und ihre Handlungen und Sichtweisen zu überdenken.

Schulungen wie diese werden unseren MitarbeiterInnen unsere Unternehmenswerte vermitteln und klarmachen, was die Geschäftsleitung will: Die Verankerung des Themas Migration in unserer Unternehmenskultur. Damit bekennen wir uns aus Überzeugung zu Interkulturalität.

Für unsere Mitglieder bieten wir Verkehrssicherheitsprogramme wie zum Beispiel Workshops für Mütter an. Denn die Menschen, die nach Österreich zugewandert sind, haben in ihren Geburtsländern andere Verkehrsbestimmungen und Gesetze. Verkehrssicherheit darf aber nicht an Informationsdefiziten scheitern.

Wir werden künftig, wie bei unserem ersten Expertengespräch, die Themen Mobilität und Migration sowie deren Rolle für die gesellschaftliche Teilhabe zum Diskussionsthema machen. Ohne Mobilität fehlt es am Zugang zu Weiterbildung und Arbeit, beides Grundlagen für erfolgreiche Integration.

Als Mobilitätsclub mit 1,9 Millionen Mitgliedern tragen wir gesellschaftliche Verantwortung. Auch für ein respektvolles Miteinander.

ZUR PERSON

Christoph Mondl

Christoph Mondl, 1965 geboren, studierte Betriebswirtschaftslehre an der WU Wien. Er ist seit dem Jahr 2001 Stellvertretender Verbandsdirektor des ÖAMTC, wo er auch mit Migrationsagenden befasst ist.

Die Insel auf der Insel.

ORF

1

RADIO
ÖSTERREICH 1

Ö1 Kulturinsel

DONAUINSELFEST, 21. BIS 23. JUNI 2013

Susana Sawoff Trio

the merry poppins

Thomas Stipsits

Alf Poier

Alfred Dorfer

Dobrek Bistro

Mike Supancic

Ingo Vogl

Birgit Denk

Wiener

Tschuschenkapelle

Der Nino aus Wien

Effi

FREITAG, 21. JUNI, 20.30 UHR

Alfred Dorfer

Live on stage und in Ö1



Die Presse

oe1.ORF.at

mo

MAGAZIN FÜR MENSCHENRECHTE NR. 31

SOS
MITMENSCH

2,50€
KOLPORTEUR DAVON 1,25€

Magazin für Menschenrechte 27/2013, Juni/September, Herausgeber: SOS Mitmensch, Zollergasse 15, A-1070 Wien, www.momagazin.at



Bilanz
2 JAHRE SEBASTIAN KURZ
win-win-Situation
GEMEINWOHL-ÖKONOMIE

KAPITALISMUS OHNE VERLIERER?

■ Ja, ich will 4x jährlich MO lesen.

- StudentInnen | Selbstkostenabo **10 Euro**
- Normalabo **20 Euro**
- Förderabo **60 Euro** (mit dem Förderabo unterstützen Sie Verkaufsschulungen für unsere KolporteurInnen)

SOS
MITMENSCH

**MO – Im entscheidenden Augenblick
das Richtige tun!
Menschenrechte gehen uns alle an.**

Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail abo@momagazin.at

Post SOS Mitmensch, Zollergasse 15, A-1070 Wien